



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen



# Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

## Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1912

28.02.1912 - Sitzung Nr.6

---

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Bremen, Februar 1912.

N<sup>o</sup> 6.**Verhandlungen der Bürgerschaft.**

Sitzung vom 28. Februar 1912.

Entschuldigt waren folgende Herren:

Brauns, Aug.	Frese, Emil
Castendyck, Richter.	Haase, F. W.
Franke, Fritz.	Heinken, Theodor.
Franke, F. Aug.	Henke, A.
Freese, Jac. Carl Heinr.	Imwolde, Joh.

Kirby, Diedr.	Oluf, W.
Kloke, W.	Rajch, Bernh.
Rötenkamp, W.	Tetens, Dr. jur.
Rebelthau, Aug. G.	Waltemath, G.
Oldehoff, D.	

Unentschuldigt fehlte niemand.

**Gegenstände der Tagesordnung:**

	Verhandelt Seite		Verhandelt Seite
<b>A. Vertrauliche Sitzung.</b>		<b>VIII. Mitteilung des Senats vom 31. Januar 1912:</b>	
<b>B. Öffentliche Sitzung.</b>		Budget für das Rechnungsjahr 1912.	
I. Mitteilung des Senats vom 23. Februar 1912:		Dazu Mitteilung vom 1. Februar 1912:	
Bruch der Schleusenmittelmauer am Weferwehr	103	Budgetbericht der Polizeidirektion zu der	
II. Antrag auf Entlassung aus der Baukommission und		Einnahme-Position 38/39 und der Ausgabe-	
event. Ergänzung der Kommission	100	Position 120/121 (Krankenversicherung, In-	
III. Mitteilung des Senats vom 9. Februar 1912:		validenversicherung und Versicherungsbehörden	
Aufhebung der Vorsteherwohnung in der		auf Grund der Reichsversicherungsordnung).	
Schule an der Nordstraße	101	(N. 3. Verh. gef.)	
IV. Mitteilung des Senats vom 13. Februar 1912:		<b>IX. Mitteilung des Senats vom 1. Februar 1912:</b>	
1. Neupflasterung der Gastebler-Chaussee zwischen		5. Telephonanlage für die drei Tiefbauinspektionen	
den Unterführungen unter der Osnabrücker		im Bureau an der Tiefer. (N. 3. Verh. gef.)	
Bahn und unter der Hannoverschen Bahn	101	<b>X. Mitteilung des Senats vom 24. Februar 1912:</b>	
2. Neupflasterung der Graf-Koltkestraße zwischen		1. Verlegung der hiesigen Hauptagentur der	
Bismarckstraße und Umlandstraße	101	deutschen Seewarte nach dem Verwaltungs-	
V. Mitteilungen des Senats vom 9. September 1911		gebäude des Hafens II.	
und 16. Februar 1912:		2. Erweiterungsbau des Städtischen Museums	
Errichtung einer neuen Realschule	112	für Natur-, Völker- und Handelskunde.	
VI. Mitteilung des Senats vom 16. Februar 1912:		3. Nachbewilligung für Bewirtungen.	
4. Neubau einer 32klassigen unentgeltlichen		4. Nachbewilligung auf den Regulierungsfonds	
Volksschule in der Neustadt	112	Ordentlicher Haushalt.	
VII. Mitteilung des Senats vom 20. Februar 1912:		5. Nachbewilligung auf den Regulierungsfonds	
1. Regulierung des Andgarikirchhofs	115	Außerordentliche Verwendungen.	
2. Bewilligung eines Ruhegehalts für den		6. Inventar des Eichamts Bremen.	
Hilfslehrer am Gewerbmuseum Junghans	115	7. Neubau der Kaiserbrücke.	
3. Weg von der Wehrschleuse nach Habenhausen	116	8. Bau einer Reitbahn und eines Pferdestalles	
4. Einführung des biologischen Unterrichts am		für das Offizierkorps des Infanterieregiments	
Volksschullehrer-Seminar	116	Bremen.	
		9. Vergrößerung des Gefängnisses, Neubau	
		eines Zuchthauses in Osebshausen.	
		(N. 3. Verh. gef.)	

## A. Vertrauliche Sitzung.

## B. Öffentliche Sitzung.

Herr Dr. Luidde präsidiert.

Eröffnung der öffentlichen Sitzung 6 Uhr 37 Min.

Das Protokoll der vorigen Sitzung wird genehmigt.

Präsident: Von der ersten Klasse ist Herr Rechtsanwalt Heumann bis zum Schlusse des Jahres 1917 zum Mitgliede der Bürgerschaft gewählt worden. Ich heiße Herrn Rechtsanwalt Heumann herzlich willkommen.

Eingegangen sind ferner folgende Mitteilungen:

Mitteilung des Senats vom 26. Februar:

Jahresbericht der Erleuchtungs- und Wasserwerke für 1910.

Mitteilung des Senats vom 27. Februar:

Ausbau der Häfen I und II.

Mitteilung des Senats vom 28. Februar:

1. Beschaffung zweier weiterer Lokomotiven für das hiesige Hafengebiet,
2. Straßenpflasterung,
3. Einkommensteuer in den Hafenstädten und im Landgebiet,
4. Fortbildungsklassen für Drogristen.

Zu Kommissaren des Senats sind ernannt für die Verhandlungen der Bürgerschaft,

betreffend Bruch der Schleusenmittelmauer am Wejerwehr, Herr Bürgermeister Stadtländer, dem die Herren Oberbaudirektor Büding und Baurat Deltjen beigeordnet sind,

betreffend Bau einer Reitbahn und eines Pferdealles für das Offiziercorps des Infanterie-Regiments Bremen, Herr Bürgermeister Dr. Barthhausen,

betreffend Erweiterungsbau des Städtischen Museums für Natur-, Völker- und Handelskunde, Herr Senator Hildebrand, dem Herr Bauinspektor Knop beigeordnet ist,

betreffend Vergrößerung des Gefängnisses, Neubau eines Zuchthauses in Oslebshausen, Herr Senator Hildebrand, dem Herr Direktor Fliegenschmidt beigeordnet ist,

betreffend Neubau der Kaiserbrücke, Herr Senator Rastow, dem die Herren Baudirektor Graepel und Bauinspektor Zaleski beigeordnet sind,

betreffend Wahlrecht zur Bürgerschaft, an Stelle von Herrn Bürgermeister Dr. Marcus Herr Bürgermeister Dr. Barthhausen,

betreffend freie Dienstwohnung der Oberzollinspektoren, an Stelle von Herrn Bürgermeister Dr. Marcus Herr Senator Dr. Rebelthau,

betreffend Veränderung der Wallanlagen am Herdentor, an Stelle von Herrn Senator Dr. Rebelthau Herr Senator Dr. Lürman.

Meine Herren! In der letzten Sitzung der Bürgerschaft sind verschiedene Ergänzungswahlen vorgenommen worden, darunter auch eine Wahl in die Deputation für die Stadterweiterung. Dabei haben zwei Herren je 21 Stimmen erhalten, ein Herr zwei und ein Herr eine Stimme. Es hat dann ein zweiter Wahlgang stattgefunden zwischen den beiden Herren, die je 21 Stimmen erhalten haben. Von einem Mitgliede der Bürgerschaft ist darauf aufmerksam gemacht worden, daß nach § 58 unserer Geschäftsordnung nicht ein zweiter Wahlgang hätte stattfinden dürfen, sondern daß das Los hätte entscheiden müssen. Diese Beanstandung ist zweifellos begründet, und das Bürgeramt schlägt Ihnen vor, daß jetzt das Los zwischen den beiden Herren, die je 21 Stimmen erhalten haben, entscheiden soll. Wenn kein Widerspruch erfolgt, nehme ich an, daß die Bürgerschaft dem Antrage des Bürgeramts zustimmt. Ich höre keinen Widerspruch. Es ist demgemäß beschlossen, und ich bitte die Herren von der vierten Klasse jetzt das Los zu ziehen.

(Die Herren der vierten Klasse ziehen sich zur Wahl zurück.)

Präsident: In die Deputation für die Stadterweiterung ist gewählt worden durch das Los Herr Johann Bley.

Ueber den ersten Gegenstand können wir jetzt noch nicht verhandeln, da Herr Bürgermeister Stadtländer erst auf sieben Uhr eingeladen ist.

Nr. II der Tagesordnung:

### Antrag auf Entlassung aus der Baukommission und event. Ergänzung der Kommission.

Präsident: Herr Stüdnath hat gebeten, ihn aus der Baukommission zu entlassen, da er in die Baudeputation gewählt ist. Wenn ich keinen Widerspruch höre, nehme ich an, daß die Bürgerschaft damit einverstanden ist. Das ist beschlossen. Wir würden also ein Mitglied der Baukommission neu zu wählen haben.

Es werden folgende Herren vorgeschlagen:

von Herrn Rhein: 1. Rose,

von Herrn Garde: 2. Davin,

von Herrn Garves: 3. Beeneken.

An Stimmen erhalten: 1: 15, 2: 87, 3: 10.

Gewählt: Herr Davin.

Nr. III der Tagesordnung:

### Mitteilung des Senats vom 9. Februar 1912:

#### Aufhebung der Vorsteherwohnung in der Schule an der Nordstraße.

Herr Hagemeyer: Die Baukommission hat nichts zu erinnern.

Der Antrag wird angenommen.

Nr. IV der Tagesordnung:

### Mitteilung des Senats vom 13. Februar 1912:

#### 1. Neupflasterung der Hasteder-Chaussee zwischen den Unterführungen unter der Osnabrücker Bahn und unter der Hannoverischen Bahn.

Herr Böttcher: Herr Präsident! Meine Herren! Wer die Vertiklichkeit kennt oder die Zeichnung gesehen hat, wird zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß es praktisch ist, die drei Strecken zu gleicher Zeit zu pflastern, damit die Störungen nicht doppelt kommen. Mittel sind nicht zu bewilligen. Ich bitte den Antrag anzunehmen.

Der Antrag wird angenommen.

#### 2. Neupflasterung der Graf-Moltkestraße zwischen Bismarckstraße und Umlandstraße.

Präsident: Die Baudeputation stellt drei Anträge. Der dritte Antrag ist dahin aufzufassen, daß die Baudeputation, Abteilung Straßenbau, ermächtigt sein will, das eine oder das andere zu tun.

Herr Böttcher: Herr Präsident! Meine Herren! Gegen die Anträge 1 und 2 wird, wie ich glaube, kaum jemand etwas einzuwenden haben, es wird sich vor allem um den Antrag Nr. 3 handeln. Die Sache ist die, daß die Deputation, wie schon der Herr Präsident erwähnt hat, wünscht, Vollmacht zu erhalten und je nach dem Ausfall der Verhandlungen mit den Anwohnern zu bauen, wie sie es dann für gut halten wird, entweder eine Senkung vorzunehmen oder eine Sackstraße anzulegen. Eine Sackstraße kann man es aber kaum nennen, weil dort kaum drei Häuser liegen. Bei einer Senkung werden die Fuhrwerke kurz vor dem Tunnel herunterfahren müssen und zwar ziemlich steil. Das wird vermieden werden können, wenn man oben eine sogenannte Sackstraße anlegt. Es wird dadurch auch viel Geld gespart. Es würden dann zwei Treppen für die Fußgänger eingerichtet. Der Wagenverkehr dort ist nicht groß, es handelt sich für die drei Häuser fast nur um Milchwagen, und die könnten auch durch die Eisenbahnstraße und Umlandstraße fahren. Die Deputation bittet also, ihr die Ermächtigung zu geben, zu entscheiden je nach den

Einigungsverhandlungen mit den Anwohnern. Ich möchte die Bürgerschaft bitten, das zu genehmigen.

Herr Stözen: Herr Präsident! Meine Herren! Wir können uns mit der Vorlage, wie sie vorliegt, nicht einverstanden erklären. Wir sind gegen die Anlage einer Rampe und auch gegen die Verbauung des Dammwegs durch eine Sackgasse. Es scheint uns, als wenn die Baudeputation, Abteilung Tiefbau, von der königlichen Eisenbahndirektion ziemlich gründlich hereingelegt ist. Wir können diesen Gedanken nicht los werden, nachdem wir früher die Erfahrung gemacht haben, daß die Eisenbahndirektion Anwohner in jeder Weise loyal behandelt hat. Hier können die Anwohner der Graf-Moltkestraße das aber nicht sagen. Sie haben 1½ Jahre auf die Entscheidung geduldig warten müssen darüber, wer derjenige sein wird, mit dem sie die Verhandlungen zu führen hätten, ob der bremische Staat oder die Eisenbahndirektion Hannover. In dieser Zeit hätte schon eine Verständigung herbeigeführt werden können. Die Anwohner der Graf-Moltkestraße dürfen für die Schädigung, die sie durch die Anlage der Rampe erleiden, eine entsprechende Entschädigung beanspruchen. Die Schädigung haben sie schon ein Jahr lang zu spüren gehabt dadurch, daß der Verkehr stark herabgemindert ist, und zu dem Schaden, den sie bereits gehabt haben durch die Unterführung, sollen sie noch einen weiteren Schaden erhalten, indem der Staat ihnen nicht genügend entgegenkommt. Die Straße ist so tief gelegt, daß die Häuser nicht mehr als Geschäftshäuser, sondern nur noch als Privathäuser dienen können. In der Bauordnung steht ja allerdings, daß nur das Notwendigste der Aufwendungen entschädigt werden soll, der Wille des Gesetzgebers ist aber doch nicht gewesen, eine Schädigung der Personen herbeizuführen, sondern der Wille ist gewesen, daß die Eigentümer zu Recht abgefunden werden. Das scheint hier nicht der Fall zu sein. Darum können wir der Vorlage nicht zustimmen. Und ebenso müssen wir, wie es früher der Fall gewesen ist, uns auch gegen eine Sackgasse aussprechen. Die müssen wir konsequenterweise ablehnen. Die Bürgerschaft hat damals in ihrer Mehrheit auch auf dem Standpunkte gestanden, daß im Interesse des öffentlichen Verkehrs die Talstraße durchgelegt werden sollte. Darum sollten wir auch hier eine Sackgasse nicht machen. Wenn der Punkt Geldkosten hier in Frage kommt, hätte die Baudeputation, Abteilung Straßenbau, vielleicht an anderer Stelle besser sparen können als hier. Ich ersuche Sie, die Vorlage zurückzuverweisen.

Präsident: Wollen Sie den Antrag auf Zurückverweisung stellen?

Herr Stözen: Ja!

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Herr Richter v. Spretkelsen: Herr Präsident! Meine Herren! Im Gegensatz zum Herrn Vorredner stelle ich den Antrag,

die Vorlage nicht an die Deputation zurückzuverweisen, sondern an eine Kommission von neun Mitgliedern zu verweisen mit dem Ersuchen um kommissarische Vertretung des Senats.

Ich bin mit dem Herrn Vorredner der Meinung, daß es nach Möglichkeit vermieden werden sollte, vorhandene Verkehrswege zu Sackstraßen auszubilden. Im gegebenen Falle handelt es sich allerdings nicht um einen hervorragenden Verkehrsweg, trotzdem aber erscheint mir die Anlage nicht tunlich, weil sie derart beschaffen sein würde, daß der Eindruck des ganzen Straßenbildes außerordentlich verschlechtert würde. Meine Herren mögen sich vergegenwärtigen, daß von dem Dammweg eine Rampe hinaufführt nach der Graf-Moltkestraße. Jetzt soll die Graf-Moltkestraße noch um 1,69 Meter tiefer gelegt werden, man will aber die bestehende aufwärtsführende Rampe so belassen wie sie ist und eine Treppenanlage zum Dammweg herstellen. Dann würde man also auf der einen Seite den Berg hinauf und auf der andern sofort wieder heruntersteigen. Um das zu vermeiden, sollte ein anderer Weg gefunden werden. Es läßt sich aber heute nicht ohne weiteres die Frage beantworten, ob es ohne sehr erhebliche Kosten möglich sein wird, in dieser Beziehung eine Aenderung eintreten zu lassen, und ich möchte daher bitten, diese Frage in einer Kommission behandeln zu lassen.

Für die Kommissionsberatung spricht auch noch ein weiterer Punkt. In der Vorlage ist nichts darüber gesagt, wie es mit der Ausgestaltung der Zugänge zu den Häusern in der Graf-Moltkestraße selbst werden soll. Die Verhältnisse werden den Mitgliedern der Bürgererschaft im allgemeinen bekannt sein. Ich möchte darauf hinweisen, daß gleich nach der Unterführung verschiedene Privathäuser stehen, deren Hauseingänge über dem Straßenniveau liegen. Zu den Hauseingängen sind Treppen von vier, fünf, sechs Stufen angebracht. Wenn Sie sich nun vergegenwärtigen, daß die Baudeputation die Absicht haben soll, diese Treppenanlagen noch zu vergrößern und zwar um neun bis zehn Stufen, so wird das Ergebnis sein, daß zu einem Hauseingange fünfzehn bis sechzehn Stufen hinaufführen. (Hört! Hört! Heiterkeit.) Das liegt nicht im Interesse der Allgemeinheit und nicht im Interesse der Anlieger, die durch derartige unschöne Treppenanlagen geschädigt werden, indem der Wert der Häuser dadurch beeinträchtigt wird. Im übrigen würde das Bild einer derartigen Anlage so häßlich sein, daß man sie nach Möglichkeit vermeiden sollte.

In der Vorlage wird weiter gesagt, daß der preussische Eisenbahnfiskus eine Pauschalsumme von 8700 M für die Umänderung der Zugänge zu den Grundstücken an der tiefer zu legenden Straßenstrecke bereitstelle. Diese Summe würde natürlich nur aus-

reichen für Treppenanlagen zu den Eingängen. Sollte man aber zu den Häusern Niveaueingänge schaffen, Eingänge, die im Niveau der Straße liegen, so würden bedeutend höhere Kosten aufzuwenden sein. Ob das durchaus notwendig sein wird, läßt sich noch nicht sagen, darüber wird die Kommission sich unterhalten müssen. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß, wenn die Baudeputation auf dem Standpunkt verharren sollte, nur Treppenanlagen zu schaffen, die Anlieger wahrscheinlich Entschädigungsansprüche gegen den Staat geltend machen werden, über welche erst durch Prozesse eine Entscheidung herbeizuführen sein wird. Wir hätten dann auf der einen Seite die häßlichen Anlagen, auf der anderen Seite Prozesse. Trotzdem die Sache als eilig hingestellt wird, möchte ich daher bitten, sich für Kommissionsberatung zu erklären. (Beifall.)

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Herr Kunoth: Herr Präsident! Meine Herren! Was den Dammweg anbetrifft, so schließe ich mich den Herren Vorrednern vollkommen an. Man soll bestehende Verkehrswege nicht aufheben, wenn nicht dringende Gründe dafür sprechen. Ich bin der Meinung, daß man noch gar nicht weiß, was in Zukunft in der Gegend geschehen wird, welche Neubauten dort entstehen werden. Wenn man aber die Erhöhung mit den Treppen schafft, wird man nie wieder davon kommen.

Was die Entschädigungen für die Anwohner der Graf-Moltkestraße betrifft, so hat Herr Richter v. Spretkelsen schon angedeutet, daß es für den Staat da sicher zu Prozessen kommen wird. Soviel ich erfahren habe, sind von einigen Anwohnern schon solche Anträge gestellt, so daß wir die sichere Aussicht haben, in eine Reihe von Prozessen verwickelt zu werden. Wie ich gehört habe, ist es die Absicht der Baudeputation, nichts zu vergüten, was an Aufwendungen für innere Umgestaltung der Häuser notwendig wird, was aber doch auch durch die Tieferlegung der Straße verursacht wird, sondern es soll nur vergütet werden, was an Kosten für die äußere Neugestaltung verausgabt wird. Es ist da z. B. ein Restaurant gleich beim Tunnel, das Treppenstufen in einer Höhe von insgesamt 1,50 Meter bekommen wird, und die muß der hinaufwandern, der in das Restaurant will. Und in einer Bäckerei wird der Laden künftig drei Meter über dem Straßenniveau liegen. So sind die Verhältnisse, und es ist begreiflich, wenn da die Anwohner ärgerlich werden und sich das nicht gefallen lassen wollen. Ich halte es auch für richtig, eine Kommission einzusetzen, um diese Dinge näher zu prüfen und den Anwohnern gerecht zu werden.

Präsident: Herr Stören, halten Sie Ihren Antrag noch aufrecht, nachdem der Antrag auf Kommissionsberatung gestellt ist?

Herr Stören: Ich ziehe den Antrag zurück.

Präsident: Ich beschränke die Diskussion auf die Frage der Kommissionsberatung.

Es wird Schluß der Debatte beantragt.

Rednerliste: Otten, Davin, Sanders, Bley, Böttcher.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Herr Böttcher (Schlußwort): Nur ein paar Worte zur Aufklärung. (Zurufe von verschiedenen Seiten.)

Präsident: Sie verzichten, nicht wahr?

Herr Böttcher: Ich verzichte.

Der Antrag v. Spreckelsen wird einstimmig angenommen.

Nr. I der Tagesordnung:

### Mitteilung des Senats vom 23. Februar 1912: Bruch der Schleusenmittelmauer am Weserwehr.

Senatskommissar Herr Bürgermeister Stadtländer, Beigeordnete Herr Oberbaudirektor Büding und Bau- rat Deltjen.

Herr Fritz Achelis: Als Rechnungsführer der Unterweserkorrektions-Deputation muß ich unserem lebhaftesten Bedauern Ausdruck darüber geben, daß die Deputation gezwungen ist, der Bürgerschaft die heutige Vorlage machen zu müssen. Der Bruch der Schleusenmittelmauer am Weserwehr ist eine Katastrophe, die aufs tiefste zu beklagen ist und welche weder die Techniker noch die Herren der Deputation für möglich gehalten haben. Die Ursache des Bruches hat bisher nicht genau ermittelt werden können, ich möchte deshalb anheimgeben, die Besprechung darüber bis nach der Trockenlegung der Schleuse zu verschieben. Um diese Trockenlegung zu ermöglichen, muß eine eiserne Spundwand auf der rechten Seite der Mittelmauer errichtet werden, wie im Berichte der Bauinspektion ausgeführt ist. Die Bauinspektion hatte die Kosten für diese Spundwand, sowie für die Begräumung der eingestürzten Mauer mit 300 000  $\text{M}$  veranschlagt. Die drei auswärtigen Herren Sachverständigen, welche die Deputation zur Begutachtung herangezogen hat, haben aber eine noch stärkere Ausführung der eisernen Spundwand und größere Bohlenlänge als vorgeschlagen im Interesse der Sicherheit angeraten. Daraus erklärt es sich, daß die Deputation nunmehr die Bewilligung von 400 000  $\text{M}$  beantragt. Ich bin gestern nachmittag trotz Sturm und Regen mit Herrn Oberbaudirektor Büding und Herrn Bau- rat Deltjen noch einmal zur Bruchstelle gegangen, wo die Arbeiten des Begräumens durch Sprengen flott im Gange sind. Zu unserer Freude haben wir konstatieren können, daß kein weiterer Bruch der Mittelmauer sich gezeigt hat. Die kleine

Schleuse ist glücklicherweise bei der Katastrophe nicht in Mitleidenschaft gezogen, und der Schiffahrtsbetrieb geht ungestört vonstatten. Es sind bis zu 60 Schiffe an einem Tage durchgeschleust worden.

Nun ist aus dem Kreise der Bürgerschaft die Frage aufgeworfen worden, ob nicht wegen Kostenersparung die große Schleuse in eine kleine umgewandelt werden könne, da bisher auch durch die große Schleuse nicht mehr als 60 Schiffe pro Tag durchgeschleust worden sind. Das ist aus folgenden Gründen nicht möglich:

Es ist nämlich der Schiffsverkehr bisher nur ein geringer gewesen, so daß nicht mehr als 60 Schiffe an einem Tage zur Durchschleusung durch die große Schleuse vorhanden waren. Durch diese können aber mindestens 120 Schiffe per Tag durchgeschleust werden und man muß mit der Zeit auf diesen vermehrten Verkehr rechnen. Außerdem sind wir laut Vertrag mit Preußen verpflichtet gewesen, die große Schleuse herzustellen, und Preußen wird sich gewiß nie darauf einlassen, daß die von ihr verlangte große Schleuse in eine kleine umgewandelt wird.

Ich beschränke mich auf diese Ausführungen und bitte die Bürgerschaft, die beantragten 400 000  $\text{M}$  zu bewilligen.

Herr Legtmeier: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Herren! Daß die Bürgerschaft die 400 000  $\text{M}$  genehmigen muß, liegt auf der Hand. Das müssen wir bezahlen im Interesse unserer Schiffahrt und des Handels. Die auswärtigen Sachverständigen haben den Bruch der Schleusenmittelmauer auf die Ursache zurückgeführt, daß durch die Erhöhung des Staues auf  $5\frac{1}{2}$  m, welches einen Druck von 5500 Kilo pro Quadratmeter auf die Mauer ausmacht, der Bruch stattgefunden hat. Die auswärtigen Sachverständigen haben sich noch nicht darüber einigen können, welches die weiteren Ursachen dieses Bruchs gewesen sind. Sehr erfreulich ist es, daß der Staat endlich dazu übergegangen ist, auswärtige Sachverständige herbeizuholen, um diese ganze Anlage gründlich prüfen zu lassen. Eigentümlich hat es mich berührt, daß diese auswärtigen Sachverständigen sich in Gegensatz zu unseren Bauinspektoren gestellt haben und jedenfalls von einem gründlichen Bau eine andere Meinung haben, als unsere Bauinspektion. Sie schlugen vor, eine viel stärkere Spundwand zu machen, als unsere Bauinspektion machen wollte. Wünschenswert wäre es gewesen, wenn schon im Anfang, bevor das Projekt zur Ausführung kam, auswärtige Sachverständige zur Prüfung herangezogen worden wären. Ich glaube, dann wäre sicher nicht passiert, was vorgekommen ist, zumal, da es sich um neue Sachen handelt, die wir bisher nicht gebaut haben. Bremen scheint dafür da zu sein, alle Neuerungen und besonderen Ideen, die sich im Kopfe der Herren spiegeln, hier auszuführen, zum Nachteil der bremischen Steuerzahler. Ich will nur erinnern an die famose Retortenanlage des

Direktor Salzenberg. Für meine Ausführungen will ich, da es sich um ein neue Sache handelt, einen Abschnitt aus den „Bremer Nachrichten“ vom Sonntag, den 1. November 1908, vorlesen, der vom Wehr und der Turbinenanlage in Hastedt handelt. Herr Kunoth schreibt:

Was neben der Weser und später im Strome selbst unter Leitung des Herrn Baurat Deltjen geschaffen wird, dürfte, wenn alles so gelingt, wie geplant, zu dem Vollendetsten gehören, was auf diesem Gebiet existiert, und wird nach unserer Ansicht dann vorbildlich werden für spätere ähnliche Arbeiten in anderen Gegenden. Schon viele Wasserbau-techniker haben sich die Baustelle angesehen, um dabei zu lernen. (Sehr richtig!)

Ja, „sehr richtig“ hat einer der Herren bemerkt. Ja, sehr richtig wäre es gewesen, wenn alles so genau geprüft worden wäre, wie es notwendig gewesen wäre. Ich will darauf verweisen, als seinerzeit die Holtener Schleuse gebaut wurde, da hat man an derselben Stelle ein Modell von 1:10 aufgeführt, und hat dieses Modell allen Proben unterworfen. Als sich die Sache als praktisch erwies, ist man dazu übergegangen, die Schleuse in ihrer ganzen Größe herzustellen. Wenn hier so verfahren wäre, dann wäre vielleicht diese ganze Kalamität nicht geschehen, aber man scheint nach dem Grundriß wieder gebaut zu haben: Dreimal ist Bremer Recht! Herr Präsident! Meine sehr geehrten Herren! Es handelt sich vor allen Dingen darum, hier klar zu prüfen, welches die Ursachen gewesen sind, die eventuell den Bruch der Schleusenmauer verursacht haben. Wir können bei dieser Angelegenheit nicht von einer force majeure sprechen, denn ein Erdbeben hat nicht stattgefunden, welches vielleicht die Veranlassung hätte sein können. Die Ursachen müssen anders liegen. Als eine der Ursachen — ich bin zwar Laie — möchte ich die bezeichnen, daß höchstwahrscheinlich die Schleusenmauer durch das spülende und wirbelnde Wasser, welches aus der kleinen Schleuse längs der großen Schleusenmauer sich ergießt, in ihrem Fundament unterspült worden ist. Man hat dabei auch nicht vollständig eine Betonierung der ganzen Sohle vorgenommen, wie es notwendig gewesen wäre, sondern hat die Betonierung nur zum kleinen Teile vorgenommen. Durch diese Spülungen ist der Sand ausgewaschen worden, die Spundbohlen sind freigelegt und der äußere Druck hat dann die Mauer zum Brechen gebracht. Eigenartig ist es, und diese meine Anschauung mag richtig sein, daß, nachdem der Bruch der Schleusenmauer stattgefunden, man mehrere Spundbohlen die Weser abwärts treibend gesehen hat, die sind verschiedentlich gefunden worden. Nach meinem Dafürhalten ist die Mauer viel zu schwach angelegt worden. Eine Mauer kann nur wirken durch das eigene Gewicht, und hier sind Hohlräume vorgesehen, es ist etwas Neues ge-

macht worden, was die Probe aufs Exempel nicht bestanden hat. Herr Kunoth schrieb seinerzeit:

Diese ca. 600 m lange Trennungsmauer von ca. 6½ m Breite ist hohl, sie kann also das Wasser aufnehmen und in der Richtung des Weserstromlaufs abführen. Dadurch, daß man die Mauer hohl angelegt hat, ist viel Geld gespart worden; denn die Ausfüllung mit Beton hätte bei der riesigen Ausdehnung der Mauer große Kosten verursacht.

Nach meinem Dafürhalten — ich bin nicht Fachmann — wäre es richtiger gewesen, die Betonierung vorzunehmen. Ich bin nicht Fachmann, darüber mögen Fachleute berichten, aber als Laie kann ich einsehen, daß eine schwere Mauer mehr Widerstand entgegensetzt als eine hohle. Wir dürfen nicht vergessen, daß dieses Projekt kolossale Summen verschlungen hat, und, nachdem die Deputation mit einer Nachforderung von etwa 2 Millionen an die Bürgererschaft herangetreten ist, wäre es nebensächlich gewesen, wenn diesen 2 Millionen noch einige Hunderttausende beigelegt worden wären, wir hätten dann etwas Hervorragendes geschaffen. Jetzt sollen wir für Aufräumarbeiten allein 400 000 M. bewilligen, das macht auf den Kopf der Bevölkerung 2 M. Das ist die kleine Ausgabe, die größere wird nachkommen, und wir werden erfahren, wie stark der Staatsjäckel angestrengt werden muß. Wenn wir zu der Ueberzeugung kommen, daß wir hier von einer force majeure nicht sprechen können, und ich glaube, daß diese ganz auszuschalten ist, so müssen Verfehlungen und Versehen vorgekommen sein. Wo dieselben vorgekommen sind, ob man am falschen Ende hat sparen wollen, oder ob die leitenden Stellen ein Versehen gemacht haben, das will ich dahingestellt sein lassen. Für mich wäre in erster Linie der Oberbaudirektor, der die Sache zu prüfen gehabt hat, verantwortlich zu machen. Meine sehr geehrten Herren! Wir dürfen uns hier nicht von Gefühlen leiten lassen. Wir müssen den Tatsachen ruhig ins Auge sehen. Wir müssen die Sache prüfen und danach handeln. Ich gebe zu, daß wir Menschen irren können, aber jeder hat die Konsequenzen dafür zu tragen; also auch die Sachverständigen, die die Sache angesehen und begutachtet haben, werden die Konsequenzen zu tragen haben. Ich bin der Meinung, daß wir, um der Bürgererschaft eine klare Darstellung von der ganzen Sache zu geben, eine Kommission von neun Mitgliedern wählen sollten, die, nachdem die Aufräumarbeiten weiter fortgeschritten sind, sofort mit den Sachverständigen die Angelegenheit beraten und uns darüber berichten soll. Ich erlaube mir deshalb, eine Kommission von neun Mitgliedern zu beantragen.

Präsident: Herr Tegtmeyer, Sie sagten, daß demnächst die Sache von einer Kommission geprüft werden soll. Jetzt kann ja auch eine Kommission nichts

prüfen. Wir müssen meines Erachtens erst die Vorlage über die Ursachen haben, bevor wir eine Kommission einsetzen. Wollen Sie nicht den Antrag stellen, wenn wir die Vorlage über die Gründe des Einsturzes haben?

Herr Garves: Herr Präsident! Meine Herren! Ganz richtig ist schon von einem Vorredner ausgeführt worden, daß es sich nicht um eine force majeure handelt, auch nicht um ein Naturereignis, sondern einfach um Verfehlungen unserer oberen Baubeamten, und wenn Herr Achelis sagt, daß wir vorläufig die Sache auf sich beruhen lassen sollen, also heute nur dazu da sind, zu zahlen, dann bin ich anderer Meinung. Ursprünglich sollten die Wiederherstellungsarbeiten nur 2—300 000 M. kosten, und da war ich der Meinung, daß die Sache selbst eine Million kosten würde, aber nachdem 400 000 M. für die Vorarbeiten gefordert werden, da bin ich der Meinung, daß die ganze Geschichte zwei Millionen kosten wird, und das ist auf den Kopf der Bevölkerung 8 M. Da ist es notwendig, daß uns reiner Wein eingeschenkt wird, wie die Sache zugegangen ist. Ich bin der Meinung, daß wir jetzt sofort eine Kommission niederlegen sollten, die Hand in Hand mit den Sachverständigen die Sache daraufhin zu prüfen hat, welches die Ursache gewesen ist. Daß wir aber, wie beispielsweise bei der Schule an der Hemelingerstraße einen Bericht einfordern und diesen Bericht nie bekommen, damit ist uns nichts gedient. Dazu ist dieses Objekt zu groß. Was hat eigentlich auf dem Spiel gestanden? Ich behaupte, viel Schlimmeres noch, als allgemein gedacht wird. Ich behaupte, daß unsere ganze Wehranlage auf dem Spiele gestanden hat. (Widerpruch. — Glocke des Präsidenten.) Der verstorbene Oberbaudirektor Franzius hat uns ausgeführt, daß die Wehranlage bei jedem Eisgang niedergelegt werden solle. Dafür sollte eine Auskolkung im Flußbett vorgenommen werden, dann werde es durch den Eisgang nicht gefährdet. Aber was hat man nun gemacht? Man hat das Wasser auf 5½ m aufgestaut. Ich bin am vergangenen Sonntag da gewesen, und als ich fragte, wie kommt man denn dazu, da wurde mir gesagt, wir können das Wehr in einer Minute niederlegen. Und ich habe geantwortet: wenn das Eis dazwischen kommt, können Sie es überhaupt nicht. In dem Augenblicke, wo die Eismassen dagegen treiben, ist es nicht möglich, die Wehranlage niederzulegen, und dann geht sie zum Teufel, wie auch der Eisgang der Grund mit dafür gewesen ist, daß die Mauer weggegangen ist, denn das Eis, welches in der Schleuse gewesen ist, hat einen stärkeren Druck gegen die Mauer ausgeübt, das tut Eis bekanntlich immer. Wir will die Sache nicht so erscheinen, als wenn die Ursache in einer Unterwaschung zu suchen wäre. Allerdings das Moment, daß man vollständige Spundbohlen in der Weser an der Oberfläche hat treiben sehen, das würde ja dafür sprechen, daß eine Unter-

spülung stattgefunden hat. Ich bin der Ansicht, daß die Mauer zur Seite gedrückt worden ist, weil die Verbindung zwischen dem oberen und unteren Teile fehlte, die beispielsweise hätte hergestellt sein können durch eiserne Gerippe, oder daß die Schwere der Mauer nicht genügt hat; denn durch die eigene Schwere muß sie den Widerstand mit leisten. Was sollen wir nun mit der Sache anfangen, wenn die Herren und unser Oberbaudirektor versagen. Die Sachverständigen sollen doch bei der Projektbearbeitung den Mauern eine Stabilität geben, die das drei- und vierfache des Druckes verträgt, und nun nach dieser Katastrophe sollen wir hier nicht das Recht haben, darüber zu sprechen? Ich bin der Meinung, daß in Zukunft unsere Wehranlagen geschützt werden müssen gegen Eisgang. Haben denn die Herren keine Erfahrung gesammelt bei dem Eisgange von 1880? Uns ist gesagt worden, wenn der Bruch der Schleuse weiter gegangen wäre, wie es geschehen ist, dann wäre die ganze Kaiserbrücke zum Teufel gegangen! Das sind die Konsequenzen, die hätten entstehen können, und da wird uns noch gesagt, wir sollen ruhig bleiben und keine Proteste erheben und die 400 000 M. bezahlen! Ich habe gehört, der Sündenbock soll ein Beamter sein, der nach Hamburg in Stellung gegangen ist, und die hiesigen Herren lehnen jetzt die Verantwortung ab und sagen sich, laßt erst Gras darüber wachsen und uns Zeit gewinnen und schließlich sagt man: Ja, der Mann, der das verbrochen hat, der ist nicht mehr in Bremen. Ich beantrage,

daß wir jetzt eine Kommission von 9 Mitgliedern niederlegen,

damit die Sache gründlich geprüft wird und die betreffenden Beamten, die in Frage kommen, zur Verantwortung gezogen werden können.

Präsident: Ich weiß nicht, was eine Kommission jetzt prüfen soll. Wollen Sie Ihren Antrag formulieren?

Herr Garves: Diese Kommission kann jetzt eingesetzt werden, und dann, wenn die Aufräumungsarbeiten fertig sind, kann sie mit den Sachverständigen prüfen, wodurch der Schaden entstanden ist. Die beantragten Kosten von 400 000 M. sollen natürlich heute genehmigt werden.

Präsident: Also Herr Garves beantragt, eine Kommission niederzulegen, die bei der Prüfung der Verhältnisse mit tätig ist, also die Ursachen des Einbruchs der Mauer mit feststellen soll.

Der Antrag des Herrn Garves wird genügend unterstützt.

Herr Voigt: Selbstverständlich hat es auch uns schmerzlich berührt, daß dem bremischen Staate wieder ein derartiger Kostenpunkt aufgehaßt wird. Wie es gekommen ist, das wird momentan wohl recht schwer

festzustellen sein, wodurch dieser Umstand eingetreten ist. Aber es würde immerhin in der Kommission auch noch die Frage zu prüfen sein, ob nicht gerade bei der Anlage selbst etwas unvorsichtigerweise verfahren ist, oder ob die Arbeit, wie sie ausgeführt worden ist, auch so geliefert ist, wie sie hätte sein müssen. Ich verweise die Herren darauf, wie die Schleuse besichtigt wurde, da haben wir ein gut Teil Schönheitsfehler nach der Habenhauser Seite gefunden. Auf dieser Seite sahen wir, daß die Spundwand eine Doffnung von ca. 7—8 Zoll hatte. Ich meine, daß ist etwas, das darf nicht vorkommen. Wenn ich 7—8 Zoll sage, so ist das gering bemessen. Als die Bürgererschaft diese Besichtigung vornahm, da wollte man solche Sachen der Bürgererschaft gegenüber verstecken und man hatte 12zöllige Bohlen davor gestellt. Wer aber etwas Argwohn hat, der kommt dann erst recht auf den Gedanken, daß dahinter etwas zu verbergen gesucht wird, und mein Freund Kruse und ich sagten uns, was ist das? Wir haben die Bohlen weggenommen und gefragt, was das sei? Da haben wir gesagt, das sei doch keine tadellose, sondern eine mangelhafte Arbeit. Man hat uns gesagt, das habe nichts zu bedeuten, die Zwischenräume würden mit Beton hinter einem davorgespannten Drahtgitter ausgefüllt. Man sah auch verschiedene Stellen, die schon geflickt waren, man hatte Draht davor gemacht und Beton dazwischen. Ich will nicht behaupten, daß dies die Ursache davon gewesen ist, aber immerhin ist es ein Beweis davon, daß die Aufsicht nicht eine derartige gewesen ist, und die Ausführung der Arbeiten, wie sie hätte sein müssen. Man muß doch verlangen, daß die Arbeiten so ausgeführt werden, wie sie vorgeschrieben sind. Wir sind Laien und müssen uns begnügen, wenn uns gesagt wird, das hat nichts auf sich, wenn ein derartiger Schönheitsfehler vorkommt. Aber nach meinem Dafürhalten kann eine solche Betonausfüllung mit davorgestelltem Drahtsieb keinen genügenden Halt bieten. Des weiteren glaube ich, daß man jedenfalls stark dabei gefehlt hat, daß man nicht das Strombett hinter dem Wehr mit Steinen belastet hat, um die Wegspülung des Sandes zu verhindern. Ich weiß nicht, ob das nicht geschehen ist, aber ich möchte hier die Anfrage stellen. Wenn das nicht geschehen ist, dann haben die leitenden Personen hierin jedenfalls einen Fehler gemacht. Man hat seinerzeit ja auch ähnlich verfahren und Steine in die Weser geworfen, um die Brückenpfeiler an der Kaiserbrücke zu halten, damit der Sand nicht weggeschlemmt würde. Wenn das Wasserbett ordentlich mit Steinen ausgefüllt ist, dann kann der Sand nicht weggeschlemmt werden. Ich bin kein Fachmann, aber ich muß sagen, durch das furchtbare Reißen des Wassers wird das Bett immer tiefer gespült, und die Folge davon ist, daß schließlich die Mauer einstürzt. Ich bin nicht der Meinung, wenn die Mauer stark genug gewesen wäre, daß sie dann widerstandsfähiger

gewesen wäre. Denn wenn eine Unterpülung stattgefunden hat, dann würde die Schleusenmauer durch das eigene Gewicht noch eher gebrochen sein, als jetzt, wo sie nicht voll gewesen ist. Womit wir in Bremen recht viel zu kämpfen haben, das ist, daß wir durch mangelhafte Ausführung der Arbeiten recht viel Geld, Hunderttausende, ja, man kann sagen, Millionen ausgeben müssen. Ich verweise nur auf den Dammrutsch beim Holzhafen. Da wurde gesagt, den hätten die Mäuse und die Ratten unterwühlt, und das sei die Ursache, und was hier die Ursache sein wird, darüber werden wir von der Deputation jedenfalls ein klares Bild nicht bekommen. Ich möchte deshalb bitten, den Antrag, der gestellt ist, schon jetzt eine Kommission zu wählen, anzunehmen. Denn wenn die Sache soweit ist, daß das alles bloßgelegt ist, dann wird recht wenig davon zu sehen sein, welches die eigentliche Ursache gewesen ist, das meiste wird verdeckt und vertuscht sein, und es wird uns nichts anders übrig bleiben, als das Geld zu bewilligen. Ich bitte um Niederlegung der Kommission.

Senatskommissar Herr Bürgermeister Stadtländer: Bis jetzt hat zu meiner Freude kein Redner gegen die Bewilligung dessen gesprochen, was die Deputation beantragt. Im übrigen begreife ich die Erregung — und jeder wird sie begreifen —, die sich in den Reden von Herrn Garves und Herrn Tegtmeyer gezeigt hat. Aber bei einem solch großen, beklagenswerten Ereignis hat jeder die doppelte Pflicht, ruhig und sachlich zu bleiben und sich nicht durch solche Reden zu einem Schritte verleiten zu lassen, der sachlich nicht richtig und nicht gerechtfertigt ist. Herr Tegtmeyer hat nach der Ursache des Unglücks gesucht und ist zu anderen Gedanken gekommen, wie Herr Garves. Herr Tegtmeyer glaubt, sie der kleinen Schleuse zuschieben zu müssen, er spricht von großen Höhlungen, alles Möglichkeiten, die mitgewirkt haben können, das ist zweifellos; aber unmöglich ist, zu sagen, daß das gerade der Fall gewesen ist. Aber was mir ganz neu war und von mir noch nicht gehört war, hat Herr Garves gebracht. Er geht aufs Eis und phantasiert, daß das ganze Wehr und die Kaiserbrücke hätten weggerissen werden können. Lassen Sie sich durch solche Äußerungen nicht hinreißen. Herr Garves hat auch von zwei Millionen Mark gesprochen, während nach vorläufigen Berechnungen im allerungünstigsten Falle für die ganze Mauer 1 050 000  $\text{M}$  nötig sein werden, um eine neue Mauer herzustellen. Sie sehen, wie der Gedanke von Herrn Garves ins Uferlose läuft, und Sie werden daraus schließen, daß der Antrag auf Kommissionsberatung nicht annehmbar ist. Der Herr Präsident hat schon darauf hingewiesen, daß die Kommission keine Arbeit haben würde. Soll denn die Kommission sich zusammenfinden, um ähnliche Reden, wie Herr Garves sie hier gehalten hat, im engen Kreise zu hören? Das wird die Sache nicht fördern.

Die Sache kann nur dadurch gefördert werden, daß nach der Trockenlegung durch Sachverständige festgestellt wird, wo die Ursache liegt; und daß das mit Objektivität geschehen wird, davon können Sie überzeugt sein, dazu bedarf es keiner Kommission. Die Neigung der Bürgerschaft, Kommissionen einzusetzen, ist bekannt, aber wenn Sie jetzt eine Kommission an die Stelle der Deputation setzen, das würde ein ungeheures Mißtrauensvotum sein für die Deputation.

Uebrigens ist mir von dem Hamburger, von dem Herr Garves gesprochen hat, der als Sündenbock ausgeschrieben wird, nichts bekannt, und ich weiß nicht, worauf das beruht. Die Ursache kann nur durch die ruhigste Sachverständigen-Untersuchung klargestellt werden. Die Bürgerschaft wird einen vollständig klaren und wahren Bericht bekommen. Wenn ihr der nicht genügt, dann kann sie eine Kommission niederlegen, aber was eine Kommission jetzt soll, dafür habe ich kein Verständnis. Die bürgerchaftlichen Herren der Deputation müssen es als ihre erste Pflicht ansehen, bei der Tätigkeit der Sachverständigen ihrerseits die Augen offen zu halten und dafür zu sorgen, daß die Bürgerschaft aufgeklärt wird. Das können Sie Ihren Mitgliedern, die Sie mit der Ehre betrauten, doch wohl zutrauen. Es liegt kein Grund vor, eine Kommission niederzusetzen. Ich bin dankbar, daß Sie die Absicht haben, die erbetene Summe zu bewilligen; und ich möchte bitten, das Urteil über diese Sache noch nicht auszusprechen. Wir können doch nicht, wenn wir gerecht sein wollen, ein Scherengericht anstelle einer ruhigen Erwägung setzen. Wir müssen warten, bis die Sache klargelegt ist und dann urteilen. Auf solche Reden hin, wie sie hier heute in der Erregung gehalten sind, können wir keine Beschlüsse fassen. Ich möchte nochmals bitten, die Mittel zu bewilligen, dann werden Sie einen klaren Bericht erhalten und sind dann in der Lage, eine Kommission niederzusetzen, was zurzeit keinen Zweck hat. — Auf die Bemerkung eines Herrn der äußersten Linken, die etwas Tatsächliches anführt, wird Herr Oberbaudirektor Büding antworten.

Herr Oberbaudirektor Büding: Es ist niemand da, der die Katastrophe mehr bedauert, als ich, da ich die feste Ueberzeugung habe, daß alle am Werke tätig Gewesenen ihr bestes Wissen und Können darangelegt haben, um es zu vollenden. Die Katastrophe muß mich vor allem stark berühren, weil ich mich der Verantwortung nicht entziehen will, die auf mich fällt.

Was die Bemerkungen des Herrn Voigt anlangt, daß die Spundwand an der linken Seite der großen Schleuse schon bei der Befichtigung im unteren Teile geklafft habe, so ist das zuzugeben, und daß sie bis sieben Zoll geklafft habe, mag auch stimmen. Das hat aber seinen Grund in der Führung der sehr langen Spundbohlen. Sie werden sich erinnern, daß diese über 13 m lang sind und 8 m durch den Sand gerammt

werden mußten. Wenn sie dabei auf den kleinsten Widerstand stoßen, so treten sie aus der Führung heraus, und dann klaffen die Spundbohlen voneinander. Es ist aber nicht richtig, wenn Herr Voigt sagt, daß die Spalten nur durch ein Drahtgewebe geschlossen seien, die dann durch Beton ausgefüllt wären, sondern es sind die Spalten von der Erdseite durch Beton gedichtet, von der Wasserseite sind Flacheisen eingespannt, und diese Flacheisen sind durch eine etwa 25 cm starke Betonschicht ausgefüllt. Diese Dichtung der Fugen ist an allen Stellen gemacht, sie bietet einen vollen Schutz für die unter Wasser befindlichen Teile. Was die Bemerkung anlangt, daß der Schutz der Sohle unterhalb der kleinen Schleuse nicht genügend gewesen sei und weiter hätte ausgedehnt werden müssen, so trifft das nicht zu. Die Ausdehnung erstreckte sich auf 30 m, und diese Ausdehnung war nach unserer Meinung ausreichend genug, um den Angriff des abfließenden Wassers zu verhindern.

Die Ursache des Unglücks ist, wie Herr Bürgermeister Stadtkänder schon hervorgehoben hat, unklar. Ich führe sie allerdings auf eine Katastrophe, auf eine Unterwässerung zurück. Später wird sich herausstellen, ob es so gewesen ist. Theoretisch hätte die Mauer halten müssen. Bei der Berechnung sind die Annahmen vorsichtig gemacht. Wie gesagt, wird sich die Ursache erst feststellen lassen, nachdem die Sohle trocken gelegt ist.

Noch auf eine Ausführung des Herrn Garves wegen der Eisabführung möchte ich eingehen. Es mag richtig sein, daß Herr Oberbaudirektor Franzius die erwähnte Äußerung getan hat. Das ist aber 20 Jahre her, und damals kannte man solche Wehre noch nicht. Das Wehr ist aber so konstruiert, daß von einer Gefahr für die Stadt durch Eisgang gar keine Rede sein kann. Das Wehr hat sich bei der Abführung des Eises ganz hervorragend bewährt. Es kommt hinzu, daß der Eisgang in Zukunft für Bremen nicht mehr in dem Maße gefährlich werden kann wie früher, weil die Eisbrecharbeiten vertragsmäßig nicht nur unterhalb bis zur Schleuse vorgenommen werden, sondern wir auch oberhalb der Schleuse das Eis aufbrechen müssen, sowie es Preußen verlangt. Von einem so schweren Eisgang wie wir ihn früher, 1881, kennen gelernt haben, kann gar keine Rede mehr sein. Das Eis oberhalb des Wehrs wird durch das Wehr derartig zerkleinert, daß ein Festsetzen in der Stadt ausgeschlossen ist.

Daß Sie das Vertrauen zu uns Technikern verloren haben, ist mir verständlich, aber ich möchte Sie bitten, Ihr Urteil darüber, wen die Schuld trifft, hinauszuschieben, bis hervorragende auswärtige Sachverständige sich geäußert haben. Das haben sie aber bis jetzt nicht getan.

Herr Kunoth: Herr Präsident! Meine Herren! Wir sind fast alle in dieser Sache Laien, und wir müssen, wie schon einige der Vorredner gesagt haben,

abwarten, was die weitere Untersuchung ergibt. Ich bin selbst Mitglied der Deputation für die Unterweserkorrektion. Herr Tegtmeyer hatte die Freundlichkeit, mehrmals meinen Namen zu nennen, weil ich früher etwas über die Wehranlage geschrieben habe, und es könnte nach seinen Ausführungen den Anschein haben, als wenn ich als Mitglied der Deputation die Absicht zu färben gehabt hätte. Was ich aber damals geschrieben habe, das hätte auch jeder von Ihnen schreiben können, der dabei gewesen ist, als die Besichtigung vorgenommen wurde. Ich habe in dem Artikel der „Bremer Nachrichten“ nur geschrieben, was uns die Beamten mitgeteilt haben; nach meinen Eindrücken habe ich den Bericht verfaßt, und was dort gesagt ist, kann nach wie vor bestehen. Ich habe ausdrücklich in dem Bericht am 1. November 1908 gesagt, daß die Wehranlage, falls sie so gelinge, wie sie geplant sei, zu dem Vollendsten gehören werde, was auf diesem Gebiet existiere. Wenn alles gelingt, wie es geplant ist, Herr Tegtmeyer! — Meine Herren! Sie sehen also, manchmal kann ein Journalist doch noch schlauer sein als Herr Tegtmeyer. (Heiterkeit.)

Herr Voigt sagte, daß wir doch kein klares Bild von den Vorgängen bekommen würden, wenn die Deputation allein berichte. Ich kann dazu sagen, daß ich als Mitglied der Deputation, Herrn Bürgermeister Stadtländer zustimmend, gerade darauf gedrungen habe, daß man auswärtige Sachverständige hinzuziehen möchte, damit wir ein klares und kein gefärbtes Bild bekommen, also ein ganz objektives Bild von Herren, die nicht zwischen unsern Beamten sitzen. Damit ist bewiesen, daß die Deputation völlige Aufklärung haben will, soweit es überhaupt möglich ist. Allein, diese auswärtigen Sachverständigen haben auch noch kein abschließendes Urteil abgegeben, auch sie sagen: Wir können erst sehen, wie die Sache liegt, wenn die Schleuse trocken gelegt ist. Ich möchte für die Deputation in Anspruch nehmen, daß sie in jeder Weise gewillt ist, volle Klarheit zu schaffen, es ist deshalb gegen Herrn Bürgermeister Stadtländers Ausführungen dazu nichts einzuwenden. Ich würde mich trotzdem einer Kommissionsberatung nicht entziehen, wenn man sie für notwendig hält, aber ich glaube, daß es für den Augenblick für sie nichts anzufangen gibt. Aber ich würde, wie gesagt, einer Untersuchung durch eine Kommission nicht widersprechen. (Zurufe von verschiedenen Seiten: Wie meinen Sie?)

Präsident: Bitte, fahren Sie fort.

Herr Kunoth: Ich betone mit Absicht ausdrücklich, ich würde der Niederlegung einer Kommission nicht widersprechen, da wir nichts zu verbergen haben.

Herr Garves: Der Herr Senatskommissar weiß ganz vorzüglich, bald so bald so, mit der Bürgerschaft umzugehen. Diesmal hat er Del auf die Wogen gegossen, in andern Fällen haut er auch mal dazwischen.

(Heiterkeit.) Hier hielt er es für praktisch, Del auf die Wogen zu gießen und er hat den vollständig richtigen Ton dafür gefunden, das erkenne ich an. Aber wie die Sache steht: ist es denn eigentlich ein großes Verbrechen, wenn wir eine Kommission niederlegen? Wie oft wählen wir eine Kommission! Ist denn das Mißtrauen gegen eine Deputation, wenn wir hinterher eine Kommission einsetzen? (Zuruf: Hinterher!) Man sagt, die Kommission hat jetzt nichts zu tun. Selbstverständlich. Aber sie hat etwas zu tun in dem Augenblick, wo die Schleuse trocken gelegt wird, um den Schaden festzustellen. Ich bin der Meinung: es liegt in jedem Menschen, so gut wie möglich aus einer Sache herauszukommen, und wenn die Techniker Gelegenheit haben, die Schuld irgendwie von sich abzuwälzen, so ist das menschlich. Deshalb ist es praktisch, daß wir zur rechten Zeit Leute haben, die feststellen, woran es eigentlich gelegen hat, damit wir uns selber ein Urteil bilden können. Herr Oberbaudirektor Büding sagt: Ja, lieber Gott, in zwanzig Jahren haben wir solche Frostperiode nicht gehabt. Als ob wir damit eine Gewähr hätten! Vielleicht wird es im nächsten Jahre noch schlimmer! Das sind keine Gründe. Ebenso möchte ich zurückweisen, was der Herr Senatskommissar aus meinen Ausführungen geschlossen hat: ich hätte dem Eisgang die Schuld zugeschoben. Ich habe nur gemeint, daß das Eis den Druck auf die Mauer noch vermehrt hat. Die Möglichkeit, daß der Eisgang die ganze Mauer umgeschmissen hätte, ist mir gar nicht in den Sinn gekommen, ich habe nur gemeint, daß das Eis einen vermehrten Druck ausgeübt hat. Von diesem Gesichtspunkt aus muß ich dabei bleiben: Wir müssen Klarheit in der Sache sehen. Ob die Deputation das als Mißtrauen auffaßt oder nicht, kann mir einerlei sein. Keinen Wein müssen wir haben, und deshalb bitte ich Sie: wählen Sie eine Kommission.

Herr Sager: Herr Präsident! Selbstredend müssen wir heute bewilligen, was angefordert wird, und wir werden weiter bewilligen müssen, was nachher gefordert wird. Aber weil wir dafür verantwortlich sind, auch von der Bürgerschaft aus, müssen wir von vornherein unsere Finger dazwischen haben und für die Untersuchung mit sorgen und nicht auf den späteren Bericht warten. Auch mich berührt es einigermaßen komisch, wenn der Herr Senatskommissar in Anspruch nimmt, daß die Deputation nicht in der Weise mit einer Kommission beschwert werde. Als ob das eine Kränkung für die Deputation sei! Herr Garves hat schon darauf hingewiesen, daß es sich jede Deputation gefallen lassen muß. Das ist also nichts neues. Wir erleben es oft, daß die Vorlage einer Deputation sehr gründlich umgearbeitet wird, und die Deputation muß damit zufrieden sein und darf sich nicht gekränkt fühlen. Ich bin auch der Meinung, daß es für die Beamten nur erfreulich sein kann, wenn

die Bürgerschaft von vornherein mit herangeht, dann haben die Beamten am besten Gelegenheit, sich zu rechtfertigen, und es sollte mich freuen, wenn sie sich glänzend rechtfertigen könnten. Auf alle Fälle bitte ich, schon jetzt die Kommission einzusetzen, das dient zur Beruhigung der Bevölkerung.

Herr Kruse: Herr Präsident! Meine Herren! Es berührt gewiß sonderbar: die ruhige Rede des Herrn Bürgermeister sticht gewaltig riesig ab von den Reden der Herren aus der Bürgerschaft. Die erregten Reden aus der Bürgerschaft sind aber nur ein Wiederhall von den Reden im Publikum. Der Herr Oberbaudirektor hat sachliche Ausführungen gemacht. Aber der Herr Oberbaudirektor wird mir auch vielleicht sagen können, ob er derselben Ansicht ist wie ich. Zum erstenmal ist die große Schleuse gefüllt worden mit  $5\frac{1}{2}$  Meter Oberstau, und bei diesem hohen Wasserstande ist dann noch das Oberweheweis durch die Schleuse geleitet worden — nicht allein durch die große Schleuse, sondern auch durch die kleine Schleuse. Ich meine, da mußte folgen, daß die Schleuse den großen Druck und was hinzu kam durch die Abwässerung, von der Herr Tegmeier vorhin gesprochen hat, der Abwässerung von der kleinen Schleuse her nicht aushalten konnte, daß eine Unterspülung hervorgerufen ist. Man sollte meinen, daß, wenn jetzt die Schleuse mit  $5\frac{1}{2}$  Meter gefüllt war und nichts passiert wäre, doch späterhin beim Durchschleusen von Schiffen die Katastrophe doch vielleicht früher oder später gekommen wäre. Hinzugekommen ist nun noch, daß, wie der Herr Oberbaudirektor selbst gesagt hat, ein Eisgang wie selten gewesen ist, so daß das Eis doch vielleicht die Veranlassung mit gegeben hat. Nun möchte ich die Anfragen stellen: Ist es denn unbedingt notwendig gewesen, daß das Eis nur durch die Schleusen entfernt wurde? Hätte nicht das Wehr gesenkt werden können, wie es von vornherein angenommen worden ist? Ich glaube, wenn das geschehen wäre, wäre nichts passiert. Es ist davon geredet worden, ob die Kommission schon jetzt einen Zweck hätte. Ich glaube, meine Herren: Ja. Denn die Kommission muß schon jetzt die Zeit ausnutzen, sich mit dem ganzen Bau der Schleuse und dem Wehr vertraut machen, denn dann kann sie später viel besser urteilen.

Noch auf eins möchte ich zurückkommen. Ich weiß nicht, ob mit dem Eisbrechen oberhalb des Wehres auch so spät angefangen ist wie auf der Unterweiser. Auf der Unterweiser ist es in diesem Jahre so gewesen, daß man das Eis erst ganz ruhig zum Stehen kommen ließ und die Schifffahrt vollständig gehemmt war. Die Eisbrecher lagen noch ruhig im Hohentorshafen und feierten ihren Winterschlaf. Und erst als das Eis stand, wurden sie in Dienst gestellt. Die Schifffahrt hat aber einige Zeit vollständig geruht. Ob es auf

der Oberweiser auch so gewesen ist, darüber möchte ich Aufklärung haben.

Herr Baurat Deltjen: Herr Präsident! Meine Herren! Ich verstehe durchaus die Erregung, die dieser bedauerliche Unglücksfall im Publikum hervorgerufen hat, ich glaube aber auch andererseits, daß ich mich wohl zu denen rechnen darf, die am schwersten davon betroffen sind. Meine sehr geehrten Herren! Ich möchte Sie bitten, die Erörterungen über die Ursachen heute noch nicht zu Ende zu führen, weil, wie bekannt, eine Sachverständigenkommission eingesetzt worden ist, die die Sache genau untersuchen wird. Jetzt handelt es sich nur darum, die Mittel zu bewilligen, und ich möchte Sie bitten, dem Antrage der Deputation zu entsprechen.

Was die Frage des Herrn Kruse anlangt, ob es nötig gewesen wäre, das Eis nur durch die Schleusen abzulassen, so muß ich darauf erwidern, daß oberhalb des Wehres bis zur Abzweigung des Schleusenoberkanals das Eis noch fest stand. Die Eisbrecher, die hinauszuführen, um das Eis auf der Oberweiser zu brechen, mußten zunächst die Schleuse passieren und das Eis bis im oberen Kanal aufbrechen. Dieses Eis konnte nicht anders abgeführt werden als durch die Schleuse. Die Eisbrecher mußten sich dann zunächst in die Weiser hineinarbeiten und quer durch die Weiser das Eis aufbrechen. Auch dieses Eis konnte nicht anders abgeführt werden als durch die schmale Rinne nach der Schleuse hin, weil das Eis zwischen Wehr und der Einfahrt in den Schleusenoberkanal noch stand.

Herr Voigt: Herr Präsident! Meine Herren! Die Ausführungen des Herrn Oberbaudirektors stimmen nicht ganz, und zwar aus dem Grunde nicht, weil ich mit meinen eigenen Augen gesehen habe, daß die Lücken ausgefüllt waren nur mit Beton und Drahtüberzug, wo eine Lücke war, war kein Flacheisen, das habe ich selbst gesehen. Das ist an einigen Stellen geschehen, aber nicht an den Stellen, wo Bohlen gewesen sind, die nicht geschlossen haben. Wenn die Stellen bei der Untersuchung freigelegt werden, wird die Untersuchung erweisen, daß an den Stellen keine Eisen hintergelegt sind.

Herr Tegmeier: Herr Präsident! Ich freue mich auch, daß Herr Bürgermeister Stadtländer so ruhige Worte gefunden hat, um die Bürgerschaft hübsch einzuschlängeln. Ich denke aber, sie wird sich nicht einschläfeln lassen, sondern wird der Kommissionsberatung zustimmen. Wenn man die Ausführungen des Herrn Oberbaudirektors anhört, sollte man meinen, daß das Unglück niemals hätte eintreten können. Mir ist es unverständlich, wie, nachdem ein so kolossaler Frost solange angehalten hatte und erst seit drei Tagen Tauwetter war, versucht werden konnte, das Eis durch Stauung zu sprengen, und es schließlich durch die

Schleuse abfließen zu lassen, dazu hatte man keine Ursache, das war ein Unfug. Mir gegenüber haben Sachverständige anders darüber geurteilt als Herr Baurat Deltjen. Jedenfalls hätte durch das Durchtreiben des Eises durch die Schleuse ein unabsehbarer Schaden angestellt werden können. Herr Oberbaudirektor Bücking hat gesagt, daß die Fundierung sich weiterhin erstrecke und die Betonierung ebenfalls. Dies ist aber nicht bis zur Bruchstelle geschehen. (Herr Oberbaudirektor Bücking: Doch!) Wünschenswert wäre gewesen, daß sie sich bis zur äußersten Schleusenmauer erstreckt hätte. Das ist nicht der Fall gewesen. In der Hinsicht stimmt der erste Sachverständige mit mir überein, er nimmt an, daß keine Unterpflung vorgekommen wäre, wenn dort eine bessere Fundierung und Betonierung gewesen wäre. Wenn der Pfahlrost nicht auf den Sand gesetzt und ihm eine Betonschicht vorgelagert wäre, wäre nach meinem Dafürhalten die Sache nicht vorgekommen. Ich bin allerdings Laie und kann mir kein sicheres Urteil erlauben. (Zurufe.) Weiter ist bekannt, daß die großen Eisbrecher von der Unterweiser oben nicht ausgenutzt werden können, man hat nur ein paar alte Kessel, die nicht in der Lage sind, die Arbeiten vorzunehmen, und man muß damit rechnen, daß die Natur ein übriges tut, und warten, bis das Eis einigermaßen morsch ist.

Ich bin der Meinung, daß wir sehr wohl eine Kommission niederlegen können, und zwar aus dem Grunde, weil in der Deputation für die Unterweiserkorrektur gar keine Bau Sachverständige sind.

Endlich möchte ich mir noch eine kurze Bemerkung an Herrn Runoth erlauben. Es ist mir wohl bewußt, daß Redakteure schlauer sind als die meisten Menschen, darum finden wir unter ihnen auch so viele entgleifte Existenzen. (Große Unruhe.)

Herr Blanke: Ich bin nicht Mitglied der Deputation. Da aber verschiedene Herren hier gesagt haben, durch eine Kommission würde mehr Klarheit kommen, da die Deputation bestrebt sei, etwas zu vertuschen, konstatiere ich, daß die Deputation sofort, als sie die Besichtigung und die Beratungen mit den auswärtigen Sachverständigen vornehmen wollte, vier Herren aus der Bürgerschaft zugezogen hat, zwei aus der vierten und zwei aus der dritten Klasse. Sie sehen: die Deputation hat offen gehandelt. Ich kann auch gleich konstatieren, daß diese vier sachverständigen Mitglieder der Bürgerschaft einverstanden sind mit den Arbeiten, die vorläufig notwendig sind, um die Schleuse trocken zu legen, um zu konstatieren, wodurch dieser Unfall gekommen ist. Wenn Sie also heute eine Kommission beantragen, so muß ich die Meinung aussprechen, daß das gar keinen Zweck hat, da schon vier Herren aus der Bürgerschaft dabei gewesen sind neben den anderen Herren der Deputation. Klarheit werden wir erst

bekommen, wenn die Schleuse trocken gelegt ist. Solange sollten Sie warten. Aber ich bin der Ueberzeugung: die Deputation wird Ihnen soviel Aufklärung geben, daß Sie nachher keine Kommission mehr beantragen werden. Was sollte denn die Deputation davon abhalten, der Bürgerschaft Klarheit zu schaffen? Ich möchte Sie bitten, von einer Kommissionsberatung abzusehen.

Senatskommissar Herr Bürgermeister Stadtländer: Herr Tegmeier hat zu meinem lebhaften Bedauern behauptet, daß ich bemüht gewesen sei, die Bürgerschaft einzuschläfern. Herr Blanke hat bereits die Güte gehabt, tatsächlich zu berichtigen, daß es der Deputation — und mir vornehmlich — in erster Linie darauf ankommt, volle Klarheit zu schaffen und, wenn wir die haben, zu finden, was in Zukunft besseres geschaffen werden kann. In erster Linie haben wir doch die Verantwortung, und wir werden daher sehr reiflich überlegen und beschließen, nachdem die Ursachen des Unglücks vollständig klargelegt sind. Von einem Einschläfern, von einem Vertuschen kann verständigerweise keine Rede sein. Herr Blanke hat schon gesagt, daß wir sachverständige Herren aus der Bürgerschaft von vornherein zu den Beratungen hinzugezogen haben. Ich bedaure, daß die Herren Garves und Tegmeier nicht sachverständig sind, sonst hätte ich auch sie gern eingeladen. Sie haben ja selbst gesagt, sie seien Laien, und trotzdem sagt Herr Tegmeier von einer Maßnahme: „Das war Unfug — aber ich bin Laie.“ Erst gibt er ein Urteil, ein so weitgehendes, krasses Urteil ab, und dann erklärt er sich als Laie. Ist das ein richtiges Verfahren bei einer so wichtigen, ernstlichen Sache? Ueberlassen Sie das Urteil den Sachverständigen! Lassen wir auf und warten wir das weitere ab.

Herr Garves: Wie Herr Blanke sagt, sind schon vier Herren, die sachverständig sind, mit dabei gewesen, zu Rate gezogen. Das haben wir auch in dem Bericht gelesen. Was wäre dann die einfache Folge? Wir würden diese Herren in die Kommission wählen zu den anderen Kommissionsmitgliedern, damit sie das Recht hätten, mit hinzugezogen zu werden, so daß sie sagen können: Wir sind autorisiert dazu, in Zukunft nach dem Rechten zu sehen. Ich will nichts weiter, als daß durch die Kommission der Tatbestand mit festgestellt werde, zugleich mit den übrigen Herren, daß wir nicht erst den Bericht der Deputation abwarten, sondern daß die Kommission schon vorher mit dafür sorgt, den Bericht macht, damit die Sachen zur Ausführung kommen, wie es den Verhältnissen entspricht. Nun meint Herr Bürgermeister Stadtländer, das sei ein bedauerliches Mißtrauen. Soll es auch sein, das ist richtig, Mißtrauen der Deputation gegenüber! Nun sagt Herr Bürgermeister Stadtländer, es sei sehr zu bedauern, daß Herr Tegmeier und ich keine Sachverständigen seien, sonst würde er auch uns

eingeladen haben. Sehr liebenswürdig, Herr Bürgermeister! Aber wir verzichten alle beide, in dieser Kommission zu sitzen. Es ist nicht unsere Absicht, uns in die Kommission wählen zu lassen, das wollen wir gern anderen überlassen. Darüber hat aber die Bürgerschaft zu entscheiden. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß es absolut nötig ist, Klarheit zu schaffen. Die ganze Bevölkerung verlangt, daß unbedingt Klarheit geschaffen werde, und deshalb beantragen wir Niederlegung einer Kommission.

Herr Wuppelahl: Es sind hier hohe Töne von einigen Herren gesprochen worden. Das ist durchaus erklärlich. Bei den ersten Worten, die die Herren für die Einsetzung einer Kommission fallen ließen, konnte man sich sagen, das sei wohl der richtige Weg. Wenn man aber bedenkt, wenn man Mitglied der Deputation ist und man soll sich dann noch andere nicht sachverständige Kollegen aus der Bürgerschaft zur Seite und über sich setzen lassen, das ist doch ein sehr unbehagliches Gefühl. Herr Garves sagt, es solle ein Mißtrauensvotum für die Deputation sein. Nun, glaubt denn Herr Garves, daß, wenn er Mitglied der Deputation gewesen wäre, diese Sache nicht passiert wäre? Denn so kann ich den Ausdruck von Herrn Garves nur verstehen — und im wesentlichen hat Herr Legtmeier das auch gesagt —: „Wahrscheinlich würden wir es besser verstanden haben.“ Das glauben die Herren selber nicht. Sie tun es nur, um nach außen hin hier in der Bürgerschaft zu erklären: „Wir überwachen das Wohlergehen des Staates besser als ihr! Wir verstehen es vollständig!“ Aber andererseits muß unseren Mitgliedern doch ein gewisses Gefühl der Solidarität mit den Mitgliedern der Deputation innewohnen. Die Herren der Deputation sind selbst auch keine Sachverständige. Die Deputation hat aber Sachverständige hinzugezogen, und alle sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß ein gutes Werk geschaffen sei. Jetzt ist es teilweise zerstört. Die Ursachen dafür sollen untersucht werden. Auswärtige Sachverständige sind herangezogen, und die Deputation sagt, sie wolle das auch in Zukunft tun. Neben den auswärtigen Sachverständigen sollen aber auch bremische hinzugezogen werden. Daher bitte ich die Bürgerschaft, heute abend aufs bestimmteste zum Ausdruck zu bringen, daß sie von der Deputation einen schleunigen, sofortigen Bericht über die Ursachen erbittet, verlangt, sobald er gegeben werden kann, und dann nach den Maßregeln zu suchen, die sie für nötig hält. Ich erlaube mir, Ihnen folgenden Antrag zur Annahme zu unterbreiten:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Deputation für die Unterweserkorrektion zu beauftragen, sofort nach Trockenlegung der Bruchstelle an der Schleuse einen Bericht über den Befund zu erstatten, um eine Inaugenscheinnahme durch

eine eventuell zu ernennende Kommission zu ermöglichen.

Die Worte „eine Inaugenscheinnahme“ usw. habe ich gebraucht, damit kein Zaudern und kein Hinzögern möglich ist. Die Deputation muß sofort berichten, und wenn sie es nicht schriftlich kann, dann muß sie es mündlich tun, und dann werden wir sehen, ob wir in der Bürgerschaft Herren haben, die es noch besser verstehen, als die Deputation und die Sachverständigen. Dann können wir eine Kommission ernennen. Ich bitte, diesen Antrag anzunehmen.

Herr Schierenbed: Herr Präsident! Meine Herren! Ich kann eigentlich nicht begreifen, daß man sich von so vielen Seiten gegen die Wahl einer Kommission sträuben kann. Es ist wohl allen Herren nicht bekannt, daß die Deputation für die Unterweserkorrektion eigentlich nicht gefragt worden ist wegen Hinzuziehung von Bau Sachverständigen aus der Bürgerschaft. Der Herr Bürgermeister hat es für gut befunden, vier bau Sachverständige Bürgerschaftsmitglieder bei der Besichtigung hinzuzuziehen. Ich freue mich, daß das geschehen ist. Warum können die nicht auch fernerhin als eine Art Kommission hinzugezogen werden. Damit werden auch die Herren Garves und Legtmeier zufrieden sein, daß diese vier Herren bis zum Erscheinen des Berichts dabei tätig sind. Es gibt ja nichts zu verdecken! Ich beantrage also, diese vier Herren, die vom Herrn Bürgermeister schon herangezogen worden sind, bis zum Erscheinen des Berichts zu wählen; dann brauchen wir die beantragte Kommission nicht und haben daselbe.

Präsident: Ich glaube, es ist nicht gut möglich, daß man die Zusammensetzung einer Deputation auf diese Weise abändert. Daß wir der Deputation auch in Zukunft das Recht zugestehen, Sachverständige zuzuziehen, brauchen wir nicht zu beschließen.

Herr Schierenbed: Dann kann die Bürgerschaft doch wenigstens Herrn Bürgermeister Stadtländer ersuchen, die vier Herren auch weiterhin zu den Beratungen über diesen Gegenstand hinzuzuziehen.

Senatskommissar Herr Bürgermeister Stadtländer: Selbstverständlich bin ich mit dem Antrage von Herrn Wuppelahl und dem Antrage von Herrn Schierenbed einverstanden. Ich würde nicht so unhöflich gegen die vier Sachverständigen sein, sie von der weiteren Mitarbeit auszuschließen, sondern es ist von vornherein meine Absicht gewesen, sie an den Arbeiten teilnehmen zu lassen. Ich gebe diese Zusicherung gern. Ich würde es für verlezend halten, wenn ich sie von den weiteren Arbeiten ausschloße;

daran habe ich nicht gedacht. Sie können sich dabei beruhigen, denn die Herren sind für uns nötig als die einzigen Sachverständigen außerhalb der Deputation und sind mir vom Bürgeramte aufgegeben. Wäre mir noch ein anderer aufgegeben, dann hätte ich auch den sehr gern eingeladen, darauf können Sie sich verlassen. Die Herren sind uns sehr nützlich, und werden es auch bei den späteren weiteren Verhandlungen sein.

Herr Garves meldet sich zum Worte.

Präsident: Sie haben dreimal das Wort gehabt.

Herr Garves: Ich wollte einen Antrag stellen, nämlich:

daß die Kommission von den vier Mitgliedern auf neun erweitert wird, und daß diese von der Bürgerschaft gewählt werden.

Präsident: Ein solcher Antrag ist unzulässig. Die Verhandlung ist geschlossen.

Der Antrag der Deputation wird angenommen.

Der Antrag von Herrn Garves wird abgelehnt.

Der Antrag von Herrn Wuppesahl wird angenommen.

Nr. V der Tagesordnung:

### Mitteilungen des Senats vom 9. September 1911 und 16. Februar 1912:

#### Errichtung einer neuen Realvollanstalt.

Herr Professor Dr. Pöple: Die Schuldeputation hat dem erhaltenen Auftrage gemäß die Platzfrage für die neue Anstalt noch einmal einer Prüfung unterzogen und sie ist zu dem Resultate gekommen, daß der von ihr vorgeschlagene Platz der richtige ist. Die meisten Plätze, die uns außerdem von der Deputation für die Stadterweiterung aufgegeben sind, können überhaupt nicht in Frage kommen. Die Deputation ist aber der Meinung, daß auch der Platz an der Bismarckstraße nicht der richtige für die neue Anstalt sein würde, sondern daß die Schule besser nördlich der Eisenbahn liegen würde, wie dies in dem früheren Berichte dargelegt ist. Ich weise noch darauf hin, daß der Platz an der Bismarckstraße erst gekauft werden müßte, während der andere Platz dem Staate gehört. Ich bitte, dem Antrage der Schuldeputation zuzustimmen und den Platz an der Elssasserstraße zu wählen.

Herr Sanders: Ich bin nach wie vor der Meinung, daß die Schule besser an der Bismarckstraße als an der Elssasserstraße liegen würde. Die meisten Schüler kommen aus dem Hasteder Viertel (Widerspruch) und viele aus Hemelingen, und weil wir auf der andern Seite keine Schule haben, so wäre es besser, wenn wir sie an die Bismarckstraße legten.

Der Antrag der Schuldeputation wird angenommen.

Nr. VI der Tagesordnung:

### Mitteilung des Senats vom 16. Februar 1912:

#### 4. Neubau einer 32klassigen unentgeltlichen Volksschule in der Neustadt.

Herr Karrenberg: Herr Präsident! Meine Herren! Es ist geplant, eine neue 32klassige Volksschule zu errichten. Ich möchte als Schulmann mich dagegen aussprechen, daß man von nun an prinzipiell an dieser Form der Schulen festhält. Es wird auch im Berichte der Schuldeputation ausdrücklich anerkannt, das eigentlich der 16klassige Schulorganismus der richtige und gesunde ist. Ich würde es begrüßt haben, wenn statt einer 32klassigen Schule zwei 16klassige vorgeschlagen worden wären. Es sind in der Bürgerschaft schon früher Bedenken gegen so große Schulkörper geltend gemacht. Mir ist nicht bekannt, welche Befürchtungen hier ausgesprochen sind. Vermutlich richteten sie sich dagegen, daß man in einer solchen Anstalt zwei Leiter hineinsetzen wollte. Daß dieses Bedenken in Gröpelingen eine glückliche Lösung gefunden hat, ist ein persönliches Verdienst der beiden beteiligten Herren, aber nicht als Regel anzusehen. Ich will aber keinen Antrag stellen dahingehend, daß von der Errichtung 32klassiger Schulen abgesehen wird, sondern ein paar Wünsche in bezug auf das vorliegende Projekt geltend machen. Die Bewohner der dortigen Gegend wünschen, man möge das Staatsgrundstück mit dazu benutzen, um einen öffentlichen Spielplatz herzurichten. Diesen Wunsch kann ich nur lebhaft unterstützen. Sodann möchte ich in bezug auf die Ausgestaltung des Innern der Schule folgende Wünsche ausdrücken. Erstlich in bezug auf die Lage der Klassen: Es besteht darüber keine bestimmte Vorschrift. Ich erinnere daran, daß ein Bericht des Medizinalamts über diese Frage noch aussteht. Ich halte es für richtig, die Achse der Klassenzimmer von Nord nach Süd zu legen; die Fenster der Klassen würden dann bei beidseitiger Bebauung der Korridore nach Osten oder Westen gerichtet sein und damit würden die Klassen gleichen Anteil an der desinfizierenden Kraft der Sonne bekommen. — Ein zweiter Wunsch betrifft die Baderäume und die Heizungsräume. Ich meine, man sollte diese nicht unter die Klassenräume oder das Lehrerzimmer, sondern unter die Turnhalle legen. Es sollen dagegen technische Bedenken bestehen, ich bin nicht imstande, diese zu beurteilen, glaube aber, daß die Herren vom Bau diese Schwierigkeit zu beheben wissen werden. Die Lage der Baderäume unter den Schulklassen hat den Nachteil, daß die darüber liegenden Klassen außerordentlich durch Störung zu leiden haben, und wenn die Heizung unter einer Klasse oder dem Lehrerzimmer liegt, dann herrscht in diesen Räumen eine ständige Temperatur von etwa 24 Grad, das sind 6 Grad über die Normaltemperatur, und das ist bedenklich. Ein dritter Wunsch geht

dahin, es möge erwogen werden, ob die Heizkörper in den Klassen nicht anders untergebracht werden können, wie gegenwärtig. Man ist dahin gekommen, daß man sie unter die Fenster legt. Ich habe festgestellt, daß die nahe daran sitzenden Kinder außerordentlich unter der direkten Bestrahlung zu leiden haben. Durch Ausmessen mit dem Thermometer ist ermittelt worden, daß die Plätze in der Nähe der Heizkörper sechs oder mehr Grad über Zimmertemperatur haben. Das ist für die Gesundheit der Kinder sehr bedenklich. Es müßte in irgend einer Weise Abhilfe geschaffen werden, etwa durch Anbringen von Duschirmen oder sonstwie. In neuen Schulen ist auch Korridorheizung eingeführt. Diese halte ich in dem Umfange, wie sie eingeführt ist, vom Uebel. Es ist nicht zuträglich für den Körper, daß er so außerordentlich verweicht wird. Es ist besser, wenn die Schüler aus den warmen Klassen zunächst auf den kühleren Korridor und dann erst auf die kalte Straße kommen, anstatt von dem übermäßig warmen Korridor direkt in die kalte Außentemperatur.

Ein weiterer Wunsch ist, daß bei der Neueinrichtung von Schulen darauf gesehen wird, daß für die Unterbringung der Lehrmittel ein Spezialraum in Größe einer Schulkasse geschaffen wird. Das Zimmer könnte schrankartig ausgestaltet werden und müßte mit Doppeltüren, mit Regalen, Kartenständern und Bildertägern versehen sein. Auch für die Lernmittel ist ein Raum in Größe einer halben Schulkasse erforderlich. Diese Wünsche möchte ich vorbringen und sehe von Anträgen ab.

Herr Hagemeyer: Die Baukommission hat die Skizze pflichtmäßig geprüft und ist zu der Ansicht gekommen, daß die Anordnung der Schule auf dem Grundstück günstig, sachgemäß und angemessen ist. Im übrigen möchte ich Herrn Karrenberg bemerken, daß die Baukommission immer darauf hingewirkt hat, 32klassige Volksschulen zu bauen in der Ueberzeugung, daß sie wesentlich billiger sind als zwei 16klassige. Das ist der Standpunkt der Baukommission von ihrem Gesichtspunkte aus.

Herr Rhein: Wir begrüßen es, daß durch den Bau dieser Schule rechtzeitig der Ueberfüllung der neustädtischen Schulen vorgebeugt werden soll und auch, daß durch den Bau einer 32klassigen Schule ein etwas schnelleres Tempo in den Schulbauten eingeschlagen und damit die Frequenz der Klassen herabgedrückt wird. Wir haben früher Bedenken gegen die 32klassigen Schulen geäußert, wir müssen aber sagen, daß nachdem damit ein Versuch gemacht worden ist, diese Bedenken weniger in die Erscheinung treten, wenn dabei darauf geachtet wird, daß die früher lautgewordenen Beschwerden nicht aufkommen, nämlich daß die geteilte Organisation beibehalten wird und daß solche 32klassige Schulen nur errichtet werden, wenn dadurch ein erheblich

weiterer Schulweg für die Kinder nicht herbeigeführt wird. Sollte diesen Bedenken nicht Beachtung geschenkt werden, so würden wir gegen solche Schulbauten sein, wenn also die Leitung eine einheitliche werden würde oder wenn eine solche Schule in einem Stadteile gebaut würde, wo die Kinder allzuweite Schulwege hätten. Prinzipiell sind wir also für den Bau von 32klassigen Schulen auch heute nicht, wir werden unsere Zustimmung von dem einzelnen Fall abhängig machen. Den Wunsch des Herrn Karrenberg bezüglich des Spielplatzes kann ich nur unterstützen.

Herr Leymann: Ich bedauere sogar, daß wir nicht schon längst zu dem Bau von 32klassigen Schulen übergegangen sind. Sehen Sie sich nur die westliche Vorstadt an! In der Gegend vom Holzhasen, da sind die Schulen so nahe beieinander, daß sich die Lehrer aus den Fenstern der Klassen bequem zuwinken können. Dazwischen ist alles unbebaut. Nun frage ich Sie: Wie soll es später werden, wenn erst das ganze Terrain bebaut ist? Da müssen wir in dieser Gegend zwischen die eine und die andere Schule noch zwei dazwischen setzen. Das ist doch ein Unding, immer kleine Schulen zu bauen. Ich will nur darauf verweisen, daß andere Städte sogar schon Schulen mit 64, 84 bis zu 90 Klassen haben, während wir noch bei 16 sind. Ich gebe Ihnen die Versicherung, daß man nach zehn bis zwanzig Jahren faktisch nicht weiß, wo man die Schulen noch unterbringen soll. Vor Jahresfrist haben wir für die Bahnhofsvorstadt beantragt, eine 32klassige Schule zu bauen, aber die Herren sagten, dazu sei kein Bedürfnis. Jetzt soll die Schule zu April bezogen werden und zwar mit vollbesetzten Klassen! Wenn wir dort eine 32klassige Schule gebaut hätten — Platz genug war da — dann hätten wir nicht schon wieder einen Platz nötig.

Dann sagt Herr Karrenberg, die Baderäume sollten nicht unter die Klassen gelegt werden. In der letzten Zeit sind Beschwerden eingegangen von der Schule „Beim Holzhasen“, wo Herr Karrenberg Vorsteher ist, über die Baderäume, daß die Klassen darüber durch die Heizung zuviele Wärme bekämen. Da ist man gleich dazu übergegangen, die Decken und die Rohre für die Heizung besser zu isolieren. Das ist das einfachste Mittel. Und wenn man noch mehr tun will, könnte man in diese Räume Doppeldecken einlegen. Aber niemals dürfen wir dazu übergehen, die Heiz- und Baderäume unter die Turnhalle zu legen. Das wäre nach meinem Dafürhalten das verkehrteste, was wir tun könnten, denn wenn die Kinder in der Hitze turnen sollten, das geht nicht gut an. Es sind auch schwere technische Bedenken, unter einer großen Turnhalle derartige Räume anzulegen.

Dann hat Herr Karrenberg davon gesprochen, daß die Heizapparate nicht unter den Fenstern angebracht werden möchten. Es ist aber gerade das zweckmäßigste, sie dort anzubringen, denn dort fließt die kalte Luft

zu und wird so erwärmt. Wenn wir aber die Heizkörper nach dem Innern setzen, dann müßten die Plätze in der Nähe erst recht von Kindern freigehalten werden, denn da wäre es gar nicht zum Aushalten. Die beste Anlage ist unter den Fenstern, wo sich die kalte Luft entwickelt, ohne Zweifel.

Dann möchte ich die Herren Lehrer bitten, daß sie nicht gar zu sehr mit Wünschen hervortreten. Ich kann sagen, daß die bremischen Schulen Musterschulen sind. Wenn aber gar zuviel gefordert wird, so müßten wir dazu schreiten, die Forderungen gar nicht mehr zu beachten. Und das wäre bedauerlich. Ich möchte die Herren Lehrer bitten, mit ihren Wünschen nicht gar zu weit zu gehen, sonst müßten sie unerfüllt bleiben.

Herr Ed. Achelis: Herr Leymann hat schon einen großen Teil der Ausführungen gemacht, die ich machen wollte. Was die Wünsche des Herrn Karrenberg anlangt, so möchte ich darauf aufmerksam machen, daß in bezug auf einige derselben nicht nur hier, sondern auch auswärts Meinungsverschiedenheiten bestehen. So zum Beispiel über die Lage der Klassen. Ueber diesen Punkt ist die Baudeputation mit dem Gesundheitsrat seit Jahren in Meinungsverschiedenheiten. Wir haben infolge dessen im Laufe der Jahre die Klassen nach einander nach fast sämtlichen Himmelsrichtungen hin gelegt, und die Sache steht heute noch nicht ganz fest. Ebenso verhält es sich mit den Heizungsanlagen. Auch über die Korridorheizung bestehen verschiedene Meinungen. Drittens über die Lüftungsanlagen in den Schulen, worüber die Meinungen des Gesundheitsrats und der Baudeputation und der Sachverständigen noch auseinandergehen. Viertens über die Größe der Schulen. Von Herrn Leymann ist bereits ausgeführt, daß die Baudeputation seit Jahren dafür plädiert, größere Schulen einzurichten. Aber die Schuldeputation ist vorsichtig gewesen und hat das nicht tun wollen. Besonders in der westlichen Vorstadt sind so viele Schulen nötig gewesen, daß man die westliche Vorstadt umtaufen könnte in „Schulvorstadt“, eine 16klassige Schule steht dort neben der andern! Die Baudeputation hat sich mit Projekten für Schulbauten bekanntlich seit Jahren aufs eingehendste befaßt, und die Konferenz ist vor ungefähr eineinhalb Jahren an den vorstehenden Senator mit dem dringenden Ersuchen herantreten, daß ihr Gelegenheit gegeben werde, auswärts eine Reihe von Schulen anzusehen. Dieser Wunsch ist auch in verschiedenen Korporationen ventilirt worden, auch im Gesundheitsrat und in der Schuldeputation, und er hat sich inzwischen zu einem Antrage verdichtet, der nächstens an die Bürgererschaft kommen wird und hoffentlich Ihre Zustimmung finden wird: eine Anzahl Herren zur Besichtigung von großen Schulen in anderen Städten zu entsenden und über die Lage der Klassen, Heizung usw. Bericht zu erstatten, um so Klarheit und Einmütigkeit über diese Fragen

herbeizuführen. Ich hoffe, daß das zustande kommen wird, bevor wir noch an den Neubau dieser 32klassigen Schule herangehen.

Endlich hat sich Herr Garves darüber beklagt, daß über die Schule an der Hemelingerstraße noch kein Bericht erschienen wäre. Ich kann ihm erwidern, daß der Bericht sicher kommt, sobald die Zeit dafür gekommen sein wird. Heute muß sich Herr Garves damit begnügen, daß ich sage, daß es die vorhandenen Umstände noch nicht erlaubten, einen derartigen Bericht zu erstatten.

Herr Schierenbeck: Den Wunsch des Herrn Karrenberg betreffend Anlage eines Spielplatzes neben der geplanten Schule kann ich aufs lebhafteste unterstützen. Seinerzeit ist von der Stadterweiterungsdeputation vorgeschlagen worden, in den Anlagen am Buntentor einen Spielplatz zu errichten, und die Bürgererschaft hat dem zugestimmt. Aber in der letzten Zeit hat sich dagegen eine lebhaftige Agitation gezeigt, und das mit Recht. Man meint nämlich, daß, wenn in den geplanten Anlagen ein Spielplatz angelegt würde, der Jugend Gelegenheit gegeben wäre, die Grenzen zu überschreiten, den Rasen zu betreten, die Büsche und Bäume und die ganze Anlage zu schädigen. Darum ist es dringend notwendig, einen genügend großen Spielplatz in der Nähe der projektierten neuen Schule zu errichten, wo genug Areal dafür vorhanden ist. Der geplante Spielplatz in den Buntentorsanlagen würde auch für die Verhältnisse viel zu klein werden.

Es wird Schluß der Debatte beantragt.

Rednerliste: Karrenberg, Hormann.

Der Schlußantrag wird abgelehnt.

Herr Karrenberg: Ich möchte nur ein paar kurze Worte Herrn Leymann gegenüber sagen. Ich glaube nicht, daß ich den Vorwurf verdient habe, ich hätte unerfüllbare Wünsche vorgebracht. Meine Wünsche sind außerordentlich bescheiden gewesen, sie sind nur ein Teil der Wünsche, die ich habe. In bezug auf das bremische Schulwesen bin ich mit Herrn Leymann einer Meinung, daß wir auf unser Schulwesen stolz sein können. Ich werde aber stets bestrebt sein, dazu beizutragen, es noch weiter zu heben. Wenn Herr Leymann darauf hinweist, daß auswärts Schulen bis zu 90 Klassen bestehen, so hat gerade der Gedanke an diese Schulen mich veranlaßt, zu bitten, mit dem Bau solcher großen Schulen sehr vorsichtig zu sein, da man auswärts überall dazu übergeht, diese Schulen unter eine Leitung zu stellen. Und das wäre ein Rückschritt — nicht aus finanziellen Gründen, die sprechen ja mehr dafür, aber aus erzieherischen Gründen. In bezug auf die Heizung habe ich meine Bemerkungen nur gemacht — Herr Leymann hat mich da mißverstanden —, um den Wunsch auszusprechen, daß den

Kind  
dann  
zuteil  
nicht  
auf  
möch

einer  
kann  
Prin  
mehr  
ande  
dicht  
Das  
Schü  
Berf  
will  
Herr  
habe  
Wie  
war,  
bleib  
dage  
daß  
wäre  
und  
mein  
geba

und  
dank  
woll  
gepr  
glau  
das

sägli  
gebe  
im  
Ga  
Wor  
Schü  
von  
anbr  
inspe  
berg  
der  
leide  
den  
drei

Kindern, die in der Nähe der Heizkörper sitzen und darunter zu leiden haben, in irgend einer Weise Schutz zuteil werde. Das ist doch notwendig. Ich weiß nicht, ob Herr Schierenbeck einen Antrag in bezug auf die Anlegung eines Spielplatzes gestellt hat. Dann möchte ich mir gestatten, ihn zu stellen:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Deputation für die öffentlichen Grundstücke mit einem Bericht zu beauftragen, ob sich die Anlage eines Spielplatzes neben der geplanten Schule an der Kornstraße empfiehlt.

Herr Hormann: Ich stehe grundsätzlich auf einem andern Standpunkte als Herr Leymann. Ich kann die Ausführungen von Herrn Karrenberg im Prinzip nur unterstützen. Wenn Berlin 32-, 64- und mehrklassige Schulen hat, dann liegen die Verhältnisse anders; man hat dort mit einer andern Bevölkerungsdichtigkeit und mit andern Bodenpreisen zu rechnen. Das haben wir nicht nötig. Die Kombination solcher Schülermassen ist vom Uebel, schon im Interesse des Verkehrs. Von der Verlängerung des Schulweges will ich nicht reden. Ich schätze die Gefahren, die Herr Karrenberg hervorgehoben hat, viel größer. Wir haben früher für acht Klassen einen Leiter gehabt. Wie kam's später? Wenn einer der Leiter gestorben war, dann wurden die 16 Klassen einfach dem verbleibenden unterstellt. Wenn wir nicht entschlossen dagegen aufzutreten, dann werden wir es noch erleben, daß 32 Klassen einem Leiter unterstellt werden. Das wäre im Interesse der Schule, im Interesse der Leiter und der Schüler sehr verfehlt. Ich werde niemals meine Zustimmung dazu geben, daß 32 klassige Schulen gebaut werden.

Wenn hier Herr Karrenberg Wünsche ausspricht und Ausstellungen macht, dann können wir das nur dankbar anerkennen und wir dürfen nicht bremsen wollen. In der Schul- und der Baubehörde muß geprüft werden, was durchgeführt werden kann. Ich glaube, die Lehrer sind in erster Linie berufen, auf das hinzuweisen, was nötig ist. (Bravo!)

Herr Ed. Achelis: Ich bedaure sehr, die grundsätzliche Abneigung von Herrn Hormann gehört zu haben, gebe aber die Hoffnung nicht auf, daß Herr Hormann im Laufe der Zeit seine Ansicht noch ändert. (Herr Garves: Oder Sie!) Ich nicht! Ich habe ums Wort gebeten, um auf die Heizungsanlagen in den Schulen zurückzukommen. Die Heizung läßt sich, wie von Technikern stets versichert ist, nicht gut anders anbringen als unter den Fenstern. Aber die Bauinspektion hat auch das eingesehen, was Herr Karrenberg moniert hat, daß nämlich die Schüler, welche in der Nähe der Heizung sitzen, an übermäßiger Wärme leiden. Das soll verhindert werden dadurch, daß in den kommenden Schulen nicht mehr vier, sondern nur drei Bänke in der Reihe stehen werden. Die Schüler

werden dadurch wesentlich von der Heizung abgerückt, erforderlich ist dafür, daß die Klassen in Zukunft eine etwas andere Form erhalten; also in dieser Beziehung wird eine Aenderung eintreten.

Der Antrag der Schuldeputation wird angenommen.

Der Antrag von Herrn Karrenberg wird angenommen.

Nr. VII der Tagesordnung:

## Mitteilung des Senats vom 20. Februar 1912:

### 1. Regulierung des Ansgarikirchhofs.

Die Mitteilung des Senats wird debattelos entgegengenommen.

### 2. Bewilligung eines Ruhegehalts für den Hilfslehrer am Gewerbemuseum Jungmans.

Herr Struckmann: Als langjähriges Mitglied der Behörde für das Gewerbemuseum habe ich Gelegenheit gehabt, die Tätigkeit des Zeichenlehrers Jungmans zu beurteilen; auch die Herren werden vielleicht bei der Besichtigung der Ausstellung von Zeichnungen, die in der Zeichenschule des Museums angefertigt sind, gesehen haben, daß durch seine Art und Weise, die Schüler zu lehren und durch seine Lehrtätigkeit etwas Tüchtiges erreicht worden ist. Er hat verschiedentlich bei der Behörde den Antrag gestellt, ihm ein Ruhegehalt zu bewilligen, aber die Behörde hat immer davon absehen müssen, weil seine Stelle als Hilfslehrer im Gewerbemuseum dafür nicht geeignet war. Er ist nun alt geworden im Gewerbemuseum, dem er zwanzig Jahre gedient hat, und mir scheint, daß das Äquivalent von 750 M als Ruhegehalt eigentlich nicht richtig ist. Man sollte seine Verdienste doch etwas anders beurteilen. Ich möchte die Bürgerschaft bitten, etwas weiter zu gehen und etwas mehr zu bewilligen, denn besondere Mittel hat er sich nicht erwerben können. Er steht also vielleicht vor der Frage, sich nach anderer Hilfe umschauen zu müssen. Ich möchte deshalb beantragen:

Die Bürgerschaft beschließt, daß das Ruhegehalt des Zeichenlehrers Konstantin Jungmans auf 1000 M festgesetzt wird und ersucht den Senat um seine Zustimmung.

Ich möchte die Bürgerschaft bitten, diesen Antrag anzunehmen.

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Herr Schierenbeck: Ich kann mich nach den Ausführungen von Herrn Struckmann ganz kurz fassen. Ich möchte hinweisen auf den vorliegenden Bericht. Darin heißt es:

Indem die Behörde gern anerkennt, daß Jungmans während seiner Lehrtätigkeit stets treu und gewissenhaft und mit gutem Erfolg für die zeichnerische

Ausbildung der jungen Gewerbetreibenden gesorgt hat, erachtet sie sein Gesuch für begründet und befürwortet dasselbe aufs wärmste.

Da hätte ich gedacht, daß die Behörde gewiß auf vier Fünftel seines Einkommens gekommen wäre, und das ist ungefähr dasselbe, was Herr Struckmann beantragt hat. Ich meine auch, daß wir einem Manne, der so außerordentlich gewirkt hat und jetzt nicht mehr in der Lage ist, etwas zu verdienen, nicht nur 750  $\text{M}$  bewilligen sollten, wovon ja niemand leben kann. Wir sollten den Antrag von Herrn Struckmann annehmen.

Der Antrag Struckmann wird angenommen.

### 3. Weg von der Wehrschleuse nach Habenhausen.

Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

### 4. Einführung des biologischen Unterrichts am Volksschullehrer-Seminar.

Herr Professor Dr. Pöpke: Herr Präsident! Meine Herren! Ich glaube, die Bürgerschaft wird wohl durchaus damit einverstanden sein, daß dieser Unterricht im Seminar eingeführt wird. Die ziemlich hohen Kosten für die Einrichtung werden vielleicht Erstaunen erregen. Es liegt das aber daran, daß seinerzeit bei der Einrichtung des Seminars auf diese Bedürfnisse noch keine Rücksicht genommen werden konnte; alle nachträglichen Einbauten und Umbauten usw. kosten bekanntlich immer besonders viel Geld. Ich bitte die Bürgerschaft, die vorliegenden Anträge zu genehmigen.

Herr Holzmeier: Ich gestatte mir zu reden, als wenn ich Lehrer wäre, obgleich ich in dem Sinne von Herrn Legtmeier die unter den jetzigen Verhältnissen außerordentliche Ehre gehabt habe, zu „entgleisen“. Was Herrn Leymanns und seiner Leute Erregung betreffs der Wünsche der Lehrer angeht, zu denen diese angeblich nicht berechtigt sind, so werde ich darauf pfeifen — — —

Präsident: Ich bitte, nicht zu sagen: Herr Leymann und seine Leute. Das ist ungehörig.

Herr Holzmeier: Ich meine die Berufsgenossen des Herrn Leymann. Er und seine Berufsgenossen würden ohne die aus pädagogischen Kreisen stammenden Anregungen überhaupt nicht in der Lage sein, Schulen zu bauen. Wenn ich nun und zwar ebenfalls wie Herr Karrenberg in meiner Eigenschaft als Schulmann zur Sache reden soll, so muß ich sagen, ich lege auf die äußere Ausgestaltung der Schuleinrichtungen nicht den Hauptwert. Natürlich ist es sehr erfreulich, daß die Behörde entschlossen ist, Einrichtungen zu treffen, um einen verbesserten Betrieb des naturwissenschaft-

lichen Unterrichts zu ermöglichen. Ich will auch keine Kritik üben, das mag richtig ausgedacht sein, und zu teuer scheint es auch nicht zu sein, ich erkenne das gern an. Was mir am Herzen liegt, ist eigentlich etwas ganz anderes. Ich möchte die Schulbehörde fragen, in welchem Geiste sie den biologischen Unterricht erteilt zu sehen wünscht. Es ist bekannt, daß die preussische Unterrichtsverwaltung das Bestreben verfolgt, die biologischen Erscheinungen und die Auslegung derselben, wie sie in unabhängigen wissenschaftlichen Kreisen gebräuchlich sind, im Sinne ihrer Staatsraison in den Schulen umdeuten zu lassen, und in dieser Hinsicht möchte ich gewissen Bedenken, die ich auch für Bremen hege, Ausdruck geben und die Anfrage stellen, wie unsere Behörde sich zu diesen Dingen stellt. Es ist bekannt, daß gerade die biologischen Tatsachen die großen Forscher des letzten Jahrhunderts dazu gebracht haben, die Darwinsche Deszendenztheorie, die Abstammungstheorie aufzustellen, und diese Theorie ist in dem Maße Gemeingut der Wissenschaft geworden, daß ich glaube, es geht eigentlich kein Weg mehr dabei hin. Man muß diese Anschauung auch in der Schule zur Geltung kommen lassen. Die betreffenden biologischen Vorgänge haben keinen inneren Zusammenhang, keinen rechten Sinn im Geiste unserer modernen Verhältnisse, wenn sie nicht aus diesen Gesichtspunkten gesehen werden. Ich bestreite natürlich nicht, daß es unter den Lehrern auch Gegner der Deszendenztheorie gibt. Die würde ich gewähren lassen, sie sollen das Recht haben, in ihrem Sinne zu unterrichten. Es handelt sich für mich vor allem darum, daß die Behörde uns Aufklärung darüber gibt, ob sie gewillt ist, diejenigen Leute gewähren zu lassen, die von der Wichtigkeit dieser Lehre überzeugt sind, und in diesem Sinne später in der Schule unterrichten wollen. Bis dahin ist in dieser Hinsicht nicht das mindeste geschehen. In niederen und höheren Schulen habe ich wenigstens nichts anderes gelernt über die Entstehung der Welt und des Menschengeschlechts, als daß der liebe Gott den Menschen aus einem Erdenkloß und das Weib aus einer Rippe des Mannes gemacht hat, weiter nichts, weiter hört man nirgend etwas. Im Seminar ist das nicht anders als in den Volksschulen. Ich möchte wissen, ob da an einen Wandel gedacht wird. Wahrscheinlich erscheint es mir nicht, und zwar aus bestimmten Gründen. Es ist nämlich, soviel ich weiß, an die Stelle von Herrn Hachmeister zum beratenden Mitglied der Schuldeputation Herr Bode ernannt worden, auch ein Schulvorsteher. Herr Bode ist nicht bloß ein entschiedener Gegner der Deszendenztheorie selbst, sondern er will auch nicht, daß sie in der Schule erwähnt werde. Das hat er öffentlich ausgesprochen in einem Streit zwischen ihm und mir vor zehn Jahren, und er hat ähnlichen Anschauungen wiederholt Ausdruck verliehen. Er hat damals übrigens die Glaubensfestigkeit des Pastors Knaaf, der bekanntlich noch daran glaubte, daß sich

die Sonne um die Erde drehe, öffentlich bewundert. Ich möchte nun wissen, ob die Schuldeputation auch in dieser Angelegenheit den Ratschlägen, die von Herrn Bode zu erwarten sind, folgen würde. Auch im Seminar muß über die Deszendenztheorie Aufklärung gegeben werden. Und die Lehrer sollen später, wenn sie in der Schule stehen, die Ergebnisse der modernen wissenschaftlichen Forschungen, wenn sie davon überzeugt sind, vortragen; sie sollen das Recht haben, darin ganz nach ihrem Sinne zu verfahren. Wir fordern für die Lehrer Freiheit. Vorläufig sind wir nun ja gezwungen, uns mit unserer freien Jugendorganisation zu behelfen, der freien, wie ich betonen möchte; denn sie ist eine freie, keine sozialdemokratische. Sie nimmt sich nämlich nur die Freiheit, diejenigen Dinge zu sagen, die jetzt in der Volksschule einfach unterschlagen werden, sowohl auf naturwissenschaftlichem wie auf geschichtlichem Gebiet. In der Geschichtsstunde füttert man die Kinder bekanntlich ja auch mit erlogenen Anekdoten über das Hohenzollernhaus. (Unruhe.) Und wie wird die Behörde sich, so möchte ich endlich fragen, zu dieser freien Jugendorganisation stellen? Ich habe meinen ganz bestimmten Grund auch zu dieser Frage. Ich stelle sie, weil dieser Tage ein Preßangriff erfolgt ist, auf den ich die Aufmerksamkeit des Hauses lenken möchte. Er stammt von einer politischen Gruppe, die bei den Reichstagswahlen Herrn Schlunt aufstellte, bestehend aus Antisemiten, Angehörigen des Bundes der Landwirte (Unruhe. Rufe: Zur Sache!) und Zentrumsleuten. Diese Gruppe gibt ein Blatt heraus, den „Beobachter“, und in diesem wurde die Behörde (Glocke des Präsidenten) direkt zu einem verfassungswidrigen Verfahren aufgefordert, und der Behörde wurde zugemutet, gegen den jetzigen Schulbetrieb einzuschreiten, und zwar in dem Sinne, daß sie es nicht leiden solle, daß Lehrer im Sinne ihrer politischen und religiösen wissenschaftlichen Ueberzeugung unterrichten. Es heißt da — — — (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte Sie, mehr zur Sache zu sprechen. Wir verhandeln über die Einführung des biologischen Unterrichts am Volksschullehrerseminar.

Herr Holzmeier: Ich bin der Meinung, daß ich davon rede. Die Sache steht damit in engem Zusammenhang. Erlauben Sie, daß ich verlese. Es heißt da:

In Bremen ist man so rührig und planmäßig wie nur sonstwo an der Arbeit, die Jugend sozialistisch zu versuchen. Leider hat die Sozialdemokratie in unserer Stadt dabei fast völlig freie Hand. Das ist hier besonders gefährlich, denn bei uns wird bereits die schulpflichtige Jugend von der sozialistischen Erziehungskunst verführt. In dem —

es folgen drei Kreuze: dreimal verfluchten — Preußen läßt man sich das vernünftigerweise nicht bieten. (Schlußrufe.) Jetzt kommt es:

Sozialdemokratische Gesangsvereine haben ihre Kinder- gesangsabteilungen, die sozialdemokratischen Turnvereine Kinderturnabteilungen usw. Im Sommer werden große Kinderausflüge veranstaltet. Daß dabei nichts unterlassen wird, um der Kinderseele einen Widerwillen gegen „Mucker“ und „Pfaffen“, gegen „Patriotismus“ und wie die sonst einem echten Genossen widerwärtigen Dinge alle heißen, einzupflanzen, versteht sich von selbst — — — (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte Sie, zur Sache zu sprechen, und mache Sie darauf aufmerksam, daß, wenn ich Sie zweimal zur Sache gerufen habe und Sie dem nicht folgen, ich Ihnen das Wort entziehen kann.

Herr Holzmeier: Nur noch den Schlußsatz möchte ich verlesen:

Oder glaubt jemand im Ernst, daß der radikale Teil der Lehrerschaft — von den sozialdemokratischen Herren wollen wir dabei gar nicht reden — einen heilsamen Gegeneinfluß geltend machen kann?

Meine Herren! Es werden preussische Maximen verlangt, zweifellos. Diese politischen Gegner verlangen, daß die Dinge im Sinne der konfessionellen Orthodoxie behandelt werden, es sollen die Lehrer dazu gezwungen werden wie in Preußen. Ich mache die liberalen Herren darauf aufmerksam, daß das kein Vorstoß ist, der sich auf die sozialdemokratischen Lehrer beschränkt, denn es heißt ausdrücklich: von den sozialdemokratischen wollen wir nicht reden, sondern auch gegen die radikalen Lehrer, auch sie sollen, wie man sagt, gezwiebelt werden. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Holzmeier, ich rufe Sie zum letztenmale zur Sache. Wenn Sie jetzt nicht zur Sache sprechen, werde ich Ihnen das Wort entziehen.

Herr Holzmeier: Ich glaube, ich spreche zur Sache. Das Sachliche besteht darin, daß die Schuldeputation bereit ist, ihrerseits einen biologischen Unterricht einzurichten, und ich wollte die Anfrage stellen, ob die Behörde auch geneigt ist, die richtigen Konsequenzen daraus für die Gestaltung dieses Unterrichts zu ziehen. Ich werde ja jetzt darauf keine Antwort kriegen, da die Herren, die diese Antwort geben könnten, nicht da sind. So werde ich darauf angewiesen sein, auf irgend eine Weise, in der Presse oder sonst eine entsprechende Erklärung zu erwarten. Und wenn Sie mir die Antwort nicht geben, werde ich mir die Freiheit nehmen, mir mein Teil dabei zu denken.

Im übrigen protestiere ich noch ganz besonders dagegen, daß man von einer sozialistischen Verleumdung der Jugend spricht. Wenn wir unsere Kinder in unserem Sinne unterrichten und erziehen, so ist es einfach eine Unverschämtheit, eine Flegellei, wenn sich Leute herausnehmen, eine derartige Kindererziehung, die die Mehrheit der bremischen Bevölkerung wünscht

(Zurufe Gelächter), jawohl, so ist es nach Ausweis des Reichstagswahlergebnisses — eine Verfeuchung zu nennen. Das ist unverfälscht.

Herr Prof. Dr. Fricke: Herr Präsident! Meine Herren! Sie werden es mir erlassen, auf alle Einzelheiten der Rede des Herrn Vorredners einzugehen. Ich glaube, Sie werden auch ohnehin überzeugt sein, daß von einer Verfeuchung der Jugend durch den vorliegenden Antrag der Schuldeputation keine Rede sein kann.

Wenn Herr Holzmeier die preußische Regierung angeführt hat, als ob sie die biologische Bewegung zwar begünstige, aber versuche, die biologischen Tatsachen zu verdunkeln, so muß ich sagen, daß ich von Anfang an der Bewegung nahegestanden habe und ihre Entstehung wie ihre Ziele genau kenne, da ich schon seit der Naturforscherversammlung in Hamburg im Jahre 1901 dem dort gewählten Agitationskomitee angehörte. Das bestand nicht etwa aus Vertretern der Regierung, sondern nur aus unabhängigen Gelehrten und Schulmännern. Es wurde dann einige Jahre später auf der Naturforscherversammlung in Breslau eine Unterrichtskommission gewählt, der ich auch während der drei Jahre ihres Bestehens angehört habe. Aus dieser ist dann im Jahre 1908 ein großer Deutscher Ausschuß hervorgegangen, dem fast alle großen naturwissenschaftlichen, medizinischen, technischen und mathematischen Gesellschaften Deutschlands angehören; gegenwärtig besteht der Ausschuß aus 30 Delegierten. Aus diesen Kreisen heraus sind wiederholt Anregungen an die preußische Regierung wie an alle Bundesstaaten im Sinne unserer Bestrebungen gerichtet worden. Ich selbst habe auch wiederholt in Berlin mit dem betreffenden Dezernenten verhandelt, und wir sind dem preußischen Kultusministerium zu Dank verpflichtet, daß wir dort Verständnis und Unterstützung für unsere Bestrebungen gefunden haben. Selbstverständlich denken wir nicht daran, irgend eine Theorie einführen zu wollen, sondern wir wollen durch Beobachtung von Tatsachen, wie sie in der Natur vorliegen, und durch Übung in wissenschaftlichen Untersuchungsmethoden die jungen Leute urteilsfähig machen, soweit das im Schulunterrichte möglich ist. Nichts wäre verkehrter, als wollten wir etwa an Stelle eines alten Dogmas eine neue Theorie in den Unterricht einführen. Daran denkt niemand. Aber über die wissenschaftlichen Grundlagen der von Herrn Holzmeier erwähnten Theorien und Anschauungen sollen die angehenden jungen Lehrer angeleitet werden, sich ein selbständiges Urteil zu bilden, nicht durch Buchwissen, sondern durch Beobachtung der Natur auf biologischen und geologischen

Exkursionen und durch physikalische, chemische und mikroskopische Übungen. Das ist der Sinn der Vorlage, und ich hoffe, daß Sie alle dem Antrage der Schuldeputation zustimmen werden.

Es wird Schluß der Debatte beantragt.

Rednerliste: Schierenbeck, Holzmeier.

Der Schlußantrag wird genügend unterstützt.

Herr Schierenbeck: Ich möchte bitten, den Schluß noch nicht zu belieben. Ich möchte ganz kurz etwas tatsächlich richtigstellen.

Der Schlußantrag wird abgelehnt.

Herr Schierenbeck: Herr Holzmeier hat den Namen Bode genannt. Ich kenne den Schulvorsteher Bode genau, denn ich habe lange Jahre unter seiner Leitung gestanden. Ich halte es für notwendig, hier zu erklären, daß Herr Bode nicht zu denjenigen gehört, die andern Leuten ihre Meinung aufbürden wollen. In dieser Beziehung könnten die Herren Holzmeier und Knief sehr viel von ihm lernen. Er läßt auch anderen ihre Meinung, und keiner kann ihm in dieser Beziehung etwas vorwerfen. Wenn Herr Holzmeier seinen jetzigen Kollegen Knief, der als Lehrer auch unter Bode gearbeitet hat, fragen wollte, so würde der ihm die Auskunft geben müssen, daß Bode ihn nie zu einer andern Meinung hat zwingen wollen. Herr Bode hat allerdings stets auf dem Boden der Instruktion gestanden, ist aber dabei immer kollegialisch gewesen. Ich halte es nicht für richtig, einen Schulvorsteher, der auch als Berater der Schuldeputation die größte Achtung genießt, hier so anzugreifen. (Lebhafter Beifall.)

Es wird Schluß der Debatte beantragt.

Rednerliste: Holzmeier.

Herr Holzmeier: Ich nehme nicht an, daß Sie in diesem Augenblick Schluß belieben werden. Ich würde sonst außer Stande sein, gegen solche ungebührlichen Angriffe, wie sie Herr Schierenbeck gegen mich gerichtet hat, zu antworten. Das wäre unerhört, einem Vertreter der Bürgerschaft so zu begegnen.

Präsident: Ob Sie ungebührlich angegriffen sind, das zu beurteilen steht mir zu. Ich habe keinen ungebührlichen Angriff gehört.

Der Schluß wird angenommen.

Der Antrag der Schuldeputation wird angenommen.

Schluß der Sitzung 9 Uhr 17 Minuten.